

## VI. Deutschland im Zeitalter von Krise und Dekadenz: die ideologische Radikalisierung der NPD-Frauen

Die 1970er-Jahre besiegelten das Ende des westdeutschen Optimismus. Den bis dahin unbeirrbaren Fortschrittsglauben der Westdeutschen erschütterte die abrupte Erkenntnis, dass das Wachstum, auf das sich ihr gesellschaftliches und wirtschaftliches Modell stützte, weder dauerhaft gesichert noch unbegrenzt möglich war. Auch ExpertInnen und FuturologInnen verkündeten das Ende eines Zyklus.<sup>1</sup> Nach dem jahrzehntelangen vom bundesrepublikanischen Neustart, von Wiederaufbau und Westernisierung geförderten Aufschwung verdunkelte sich der Horizont nun allorts. Untergangsvisionen und Schreckensszenarien griffen um sich und begünstigten die Verbreitung von gesellschaftlichen Krisendiskursen und katastrophalen Zukunftsprojektionen: atomare Bedrohung, Waldsterben, Ozonloch, „Geschlechterkrieg“, Bevölkerungsrückgang. Wo man auch hinsah, überall glaubte man die Vorzeichen eines baldigen Untergangs zu erkennen. Gerade diese pessimistischen Zukunftsvisionen waren es, die den Bürger aus seiner Trägheit rissen, ihn dazu animierten, in den Wandel selbst eingreifen zu wollen, sich lokal und basisdemokratisch über Bürgerinitiativen etwa für besondere Zwecke einzusetzen und etwas zu bewegen. Doch schlugen die zur Lösung der Probleme und Herausforderungen vorgebrachten Ansätze ganz unterschiedliche, teilweise sogar gegensätzliche Richtungen ein: Parallel zum emanzipatorischen Engagement für Frieden (Pazifismus), Geschlechtergleichheit (Feminismus), Menschenrechte und Umweltschutz entwickelte sich ein kulturpessimistisches und antimodernistisches Narrativ, das sich gegen die kulturelle „Überfremdung“ (Rassismus), den individuellen „Egoismus“ (Antifeminismus), den „Volkstod“ (Pronatalismus) und die „genetisch-biologische Dekadenz“ (Eugenismus) wandte. Durch die „Neue Rechte“ beworben, drang jenes deklinistische Leitmotiv in den konservativen Diskurs ein und durchsetzte auch die extreme Rechte völlig.

Die NPD, die diese „neue“ Materie zuerst zögerlich, dann aber umso überzeugter rezipierte, entfernte sich nun willentlich vom politisch-gesellschaftlichen *Mainstream*, indem sie offen antiliberale und reaktionäre Positionen vertrat. Dieser Trendwende nachspürend, setzt sich das folgende sechste Kapitel mit der ideologischen Neuausrichtung der NPD in den 1970er- und 1980er-Jahren auseinander. Im Zentrum steht dabei die Rolle, die Frauen als Akteurinnen und das Geschlecht als diskursive Ordnungskategorie in der nationaldemokratischen Wahrnehmung und Deutung von einschneidenden Ereignissen und Krisen, politischen wie zivilgesellschaftlichen Regungen, Innovationen und Herausforderungen wie dem Terrorismus, der Einwanderung, dem Feminismus und dem Umweltschutz spielten. In dieser Transformationsphase vollführten die NPD und ihre VertreterInnen einen

<sup>1</sup> Über die Zukunftsforschung in der Bundesrepublik vgl. Seefried, Zukünfte.

Rechtsruck: In Reaktion auf den unmittelbaren Kontext radikalisierten sie ihren ideologischen Standpunkt und stellten sich nun fundamentaloppositionell gegen Bonn und das bundesrepublikanische Establishment.

## 1. Programme und Medien der NPD: die ideologische Transformation

Im Zuge der 1970er- und 1980er-Jahre versuchte die NPD mehrmals, sich durch programmatische Erneuerungen politisch neu zu positionieren. Nur wenige Monate nach der Bundestagswahl 1969 verabschiedete sie am 15. Februar 1970 das „Wertheimer Manifest“,<sup>2</sup> in welchem sie in knapper Form eine moderate und legalistische Linie vertrat. Auf den anderthalb Seiten des Manifests erneuerte sie ihr Bekenntnis zu Grundgesetz und Demokratie, verurteilte den Krieg und die Gewalt, die Diktatur wie den Totalitarismus, geißelte vor allem aber den Kommunismus, der außerhalb und innerhalb der bundesdeutschen Grenzen wüte. Die gut sichtbar prangende Formel „Die NPD ist konservativ“ hatte Adolf von Thadden nach harten Parteitagdiskussionen gegen die VerfechterInnen eines radikaleren Kurses durchsetzen können. Ihm ging es im Wesentlichen darum, eine bedingungslose Oppositionshaltung zur sozialliberalen Bundesregierung einzunehmen und die NPD demgemäß als ultimatives bundesrepublikanisches Bollwerk gegen die „rote Invasion“, sowohl im Bildungs- und Universitätswesen als auch in der Medien- und Presselandschaft, zu profilieren. Ferner behandelte das Programm auch deutschland- und außenpolitische Fragen. Zwar verzichtete es nun auf das nationalistische Pathos und die historischen Bezüge, forderte aber noch immer das auf eine Vereinigung von West- und „Mitteldeutschland“ mit den Ostgebieten hinauslaufende „Selbstbestimmungsrecht“ der Völker. Neu schien hingegen die Befürwortung eines atlantischen Bündnisses, das bestehen sollte, bis die Schaffung eines „Europäischen Staatenbundes“ die Sicherheit des Kontinents gewährleiste. Im sozialpolitischen Teil versprach das Wertheimer Manifest Steuerreformen, eine Entlastung für Geringverdiener sowie „die Chancengleichheit für alle in Bildung und Beruf, ohne Rücksicht auf soziale Herkunft“ – die Familien-, Frauen- und Geschlechterfrage wurde dabei allerdings ausgeblendet: Sie fand im Text überhaupt keine Erwähnung.

Das „Düsseldorfer Programm“,<sup>3</sup> das die Delegierten dann drei Jahre später beim Düsseldorfer Parteitag (1973) verabschiedeten, präziserte die in Wertheim definierte „konservative“ Parteilinie. Mit kämpferisch bürgerlich-nationalistischen Zügen wandten sich dessen Autoren Ernst Anrich, Hans-Bernhard von Grünberg, Felix Buck und Rolf Kosiek betont gegen die den „Linken“ angelastete

<sup>2</sup> Beilage zur DN, in: DN, Nr. 8/1970.

<sup>3</sup> Das Programm wurde u. a. veröffentlicht in: Hergt (Hrsg.), Grundsatzprogrammatik, S. 367–400.

„zersetzende und jetzt bereits auflösende Veränderung des inneren Gefüges der Bundesrepublik Deutschland“. <sup>4</sup> Gegen die „linke“ wie auch die „liberale“ Bedrohung bewarben sie das „lebensrichtige Bild der Menschen und Völker“. Nicht die „künstlichen intellektuellen Theoriegerüste“, sondern das „natürliche Leben“ und die „biologische Substanz“ seien ideologisch wahrhaft sinngebend und identitätsstiftend: Sie sollten bewahrt werden. Mit der Voranstellung des Lebens bekräftigte das Programm die bereits zuvor in Ansätzen vorhandene biologistische, auf dem Leistungsprinzip fußende fundamental antiegalitäre Weltanschauung der NPD. <sup>5</sup> Diese Akzentuierung schlug sich auch auf den „weiblichen Bereich“ nieder. Die Familie wurde herausgestellt, mit Fragen rund um „Volksgeundheit“ und Umweltschutz vermengt und dem all diese Bereiche umfassenden Lebensschutz untergeordnet. Der Familienpolitik lagen somit pronatalistische, eugenische und ökologische Überlegungen zugrunde.

Die „Nationaldemokratischen Gedanken für eine lebenswerte Zukunft“, <sup>6</sup> das dritte und letzte Programm der Periode (1987), erhob die „Lebensfähigkeit“ zum programmatischen Strukturprinzip, sparte diesmal aber den allzu biologistisch-organisatorisch daherkommenden Ballast aus. Auch die für die Partei klassischen Themen – der Zweite Weltkrieg, das Deutsche Reich, die „Kriegsschuldlüge“ und die Umerziehung – kamen nicht mehr vor, einzig die „nationaldemokratische Tradition“ des Hambacher Festes von 1932 wurde erwähnt. Anfang der 1980er-Jahre hatte die NPD ganz offiziell auch dessen demokratische Farben übernommen und die Reichsfarben schwarz-rot-weiß sinngemäß gegen das schwarz-rot-goldene Banner eingetauscht. <sup>7</sup> In seinem Hauptteil zählte das Programm sehr systematisch jene Bedrohungen – Krieg, Familienauflösung, Materialismus, Einwanderung und Imperialismus – auf, die Deutschland angeblich substanziell gefährdeten, und bot entsprechende Lösungsansätze: Dazu gehörten die deutsche Einheit und Souveränität, die Rückkehr zum Familialismus – der in diesem Programm gleich zu Beginn und nicht wie sonst ganz zum Schluss gepriesen wurde –, der Lebens- und Umweltschutz, der Ethnopluralismus und der Antiimperialismus. Dadurch, dass sie sich zum einen für den Lebens- und Umweltschutz einsetzte und darüber hinaus auch für ein neutralistisches Europa eintrat, hoffte sie, sich den WählerInnen überzeugend als „moderne“, auf die Sorgen, Nöte und Ängste der Zeit zugeschnittene Partei präsentieren zu können und so an die Friedens- und Anti-Atomkraft-Bewegungen anzudocken, die herkömmlicherweise eher den Grünen zugewandt waren.

<sup>4</sup> Ebenda, S. 407.

<sup>5</sup> Es übernahm auch das sehr konnotierte „Jedem das Seine“ aus dem Manifest von 1965 und evozierte erstmalig und kaum verhüllt die „Gemeinschaft des Volks“; ebenda, S. 412 f.

<sup>6</sup> NPD, Nationaldemokratische Gedanken.

<sup>7</sup> Die nationaldemokratische Vereinnahmung des Hambacher Festes, das als Schlüsselmoment liberal-bürgerlicher Selbstbehauptung gegen das nach 1815 durch den Deutschen Bund installierte Restaurationsregime in die Geschichte eingegangen ist, ist ein raffinierter Schachzug der Parteistrategen: Wie die historischen Vorbilder reklamiert auch die NPD die nationale Einheit, Freiheit und Souveränität. Durch die Analogie konnte die NPD ihre Fundamentalopposition zum zeitgenössischen „Regime“, der Bundesrepublik Deutschland, ausdrücken, ohne sich der Verfassungsfeindlichkeit verdächtig zu machen.

Die ideologische Schwerpunktverschiebung, etwa die Schärfung des familialistischen, neutralistischen, ethnopluralistischen und ökologischen Standpunktes, war ein klares Indiz für den graduell steigenden Einfluss der „Neuen Rechten“ auf die NPD, die im Zuge ihrer programmatischen Neuerungen von 1970, 1973 und 1987 ihre vormals hegemoniale nationalkonservative Linie durch einen immer deutlicheren nationalrevolutionären Kurs ersetzte. Aufgrund ihres informellen und diffusen Charakters ist die „Neue Rechte“ gewiss schwer abzugrenzen bzw. einzuordnen.<sup>8</sup> Gestützt auf ein breites Netzwerk von AkteurInnen, Intellektuellenzirkeln und Zeitschriften, bildete sie sich nach 1969 in Reaktion auf die NPD-Wahlniederlage aus dem Dunstkreis des „nationalen Lagers“ heraus, um die traditionelle Rechte intellektuell und politisch aufzurüsten. Vordenker wie Henning Eichberg erdachten sie als rechtes Pendant zur „Neuen Linken“, als Avantgarde einer geistigen wie auch kulturellen und politischen „Revolution“. Die APO lehnte sie unweigerlich ab, doch befürwortete sie sowohl ihre Anti-Establishment-Haltung als auch ihre Methoden und übernahm einige Ideen, den antibürgerlichen Gestus etwa oder das Aufbegehren gegen den Traditionalismus, den Etatismus und das *Law-and-Order*-Denken oder die Kapitalismus- und Imperialismuskritik.<sup>9</sup> Auch verwarf sie das universalistische Gleichheitsprinzip und empfahl einen den Marxismus und Liberalismus transzendierenden dritten Weg, den sie auf ein identitäres und ethnonationalistisches Weltbild stützte.<sup>10</sup> „Neu“ war sie insofern, als sie die Prinzipien der alten Rechten zu überwinden vorgab. So kann ihr Auftreten auch als Ausdruck eines Generationenkonfliktes gewertet werden: nämlich dem zwischen den nach dem Krieg geborenen „NeofaschistInnen“ und der „postfaschistischen“ Mütter- und Vätergeneration, die von den Jüngeren den Vorwurf zu hören bekamen, einem eigentümlichen und überholten Gefühlsnationalismus nachzuhängen. Insbesondere das unliebsame nationalsozialistische Erbe wollte man abschütteln; mithilfe eines „sozialistischen“ Impulses und einer nationalrevolutionären Weichenstellung innerhalb der extremen Rechten sollte definitiv mit ebenjener Tradition gebrochen werden. Den „solidaristischen“<sup>11</sup> Standpunkt der

<sup>8</sup> Im Wesentlichen bezeichnet die „Neue Rechte“ eine Grauzone oder ein „Scharnier“ (Wolfgang Gessenharter) zwischen dem demokratischen Konservatismus und der extremen Rechten. Ob konservativ, nationalkonservativ oder nationalrevolutionär, ihre AnhängerInnen beriefen sich auf die „Konservative Revolution“ der 1920er-Jahre und erkannten in Alain de Benoist, dem Vertreter der französischen *Nouvelle Droite*, den intellektuellen Vordenker ihrer Strömung. Vgl. Gessenharter/Fröchling, *Neue Rechte*.

<sup>9</sup> Hoffmann, NPD, S. 321 ff.

<sup>10</sup> Unter Ethnopluralismus lassen sich solche Vorstellungen fassen, welche die ethnische Vielfalt in der Welt betonen, zugleich aber auch die Wahrung der biologischen Eigenart jeder ethnischen Gruppe mit deren Verbleib in ihrer Ursprungsumgebung verknüpfen und fordern. Den Kulturbegriff bemüht die „Neue Rechte“ dabei sozusagen als „Rasse“-Ersatz.

<sup>11</sup> Der nationalrevolutionäre Solidarismus speiste sich maßgeblich aus dem „Strasserismus“, einer nach Otto Strasser benannten Strömung, die eine Zeit lang dem linken Flügel der NSDAP angehörte und nach 1945 die Idee eines dritten Weges zwischen Marxismus und Liberalismus als Synthese des Nationalen und des Sozialen propagierte. Über Otto Strasser vgl. März, *Nationale Sozialisten*.

Nationalrevolutionären beschreibt der Politikwissenschaftler Gideon Botsch recht eindrücklich wie folgt:

„Seit den späten 1960er Jahren griffen jüngere Rechtsextreme in der Bundesrepublik den Begriff ‚nationalrevolutionär‘ auf, um sich damit zugleich von der Linken (revolutionär, aber nicht national), von der Alten Rechten (national, aber nicht revolutionär) sowie von der politischen Mitte (weder national noch revolutionär) abzugrenzen.“<sup>12</sup>

Zunächst verschloss sich die Parteileitung der „Neuen Rechten“ und ihren „sozialistischen“ Anleihen und wehrte in diesem Zusammenhang allgemein jegliche Kritik ab, die Mitglieder des Kirchhainer Kreises oder des aktivistischen Flügels der JN wegen ihrer wenig zukunftstauglichen nationalkonservativen Linie erhoben. Sie weigerte sich, innerparteilich eine radikalere fundamentaloppositionelle und anti-republikanische Wende anzustoßen. 1971 erklärte sie ihren Standpunkt im Parteiorgan: Sie lehne „liberales und sozialistisches Denken bei der Rechten“ ab, da für sie die Existenz einer „nationalen Linke[n]“ ein „Widerspruch in sich“ sei.<sup>13</sup>

Die Nationaldemokratinnen ihrerseits mochten durchaus willentlich die „neuen“ Themen, den Lebensschutz und den Ethnopluralismus beispielsweise, in ihre Agitation mitaufnehmen, aus der sozialistischen Querele hielten sie sich jedoch mehrheitlich heraus. Nur eine NPD-Frau protestierte lautstark gegen die nationalrevolutionären Vorstöße der JN. Beim Münchener Bundesparteitag (12./13. Oktober 1974) forderte Eva David-Happach ein umfassendes Benutzungsverbot für Begrifflichkeiten mit „marxistischer“ Konnotation: den „Sozialismus“ als positiven Bezugsbegriff wollte sie aus dem NPD-Sprachgebrauch gestrichen wissen. Wegen der mangelnden Unterstützung ihrer ParteifreundInnen zog sie den Antrag letztendlich aber zurück.<sup>14</sup> Der ideologische Aktivismus der jungen nationalrevolutionären Kräfte zeigte Wirkung, allmählich richteten sie sich links des noch mehrheitlichen bürgerlich-nationalkonservativen Flügels ein. Nach und nach flossen ihre Ideen auch in die Parteiprogrammatik ein: In den 1970er-Jahren präsentierte sich die NPD zunehmend als Vertreterin einer nationalistischen und antiimperialistischen „sozialen Rechten“.

Auch die erratischen Entwicklungen der Parteipresse spiegelten die ideologischen Schwerpunktverschiebungen der 1970er- und 1980er-Jahre wider. Aufgrund chronischer Finanzierungsschwierigkeiten hatte sich das ursprüngliche Parteiorgan „Deutsche Nachrichten“ 1974 mit der 15 Jahre zuvor durch Schütz, von Thadden und Kernmayr ins Leben gerufenen DWZ<sup>15</sup> assoziiert. Mit diesem

<sup>12</sup> Botsch, *Die extreme Rechte*, S. 71.

<sup>13</sup> DN, Nr. 36/1971, S. 4.

<sup>14</sup> Vgl. BStU, Abt XV, Nr. 63, Teil 1, S. 180 f. Zwei Jahre später nahmen die Parteitagsdelegierten einen Antrag an, der die systematische Ersetzung der Begriffe „Sozialismus“ und „sozialistisch“ durch „Marxismus“ und „marxistisch“ vorsah, sofern jene sich auf die politische Linke bezogen. Somit hatten die nationalrevolutionären Kräfte den Deutungskampf für sich entschieden; Hoffmann, NPD, S. 325.

<sup>15</sup> Die „Deutsche Wochenzeitung“ war ursprünglich in Konkurrenz zum „Reichsruf“ gegründet worden, um der Thadden-Gruppe die Vorherrschaft über die DRP zu sichern. 1974 erschien sie in einer Auflage von 40 000 Exemplaren. 1986 überließ Schütz die DWZ der Obhut Gerhard Freys, der sie zum Parteiorgan der DVU umfunktionierte. 1991 gingen die DWZ und

Schritt hofften die ehemaligen DRP-Führungskader ihre Vormachtstellung im NPD-Apparat, auch gegen den Willen Mußgnugs, zu wahren. Um seinerseits wiederum die propagandistische „Unabhängigkeit“<sup>16</sup> seiner Partei gewährleisten zu können, wandelte der Parteichef den „Deutschen Kurier“ (DK) zum NPD-Leitorgan um. 1969 war dieser zur Unterstützung der Wahlkampagne gegründet worden und erschien seither, wegen unzureichender Finanzierungsgrundlage, in unregelmäßigen Abständen und in einer Auflage von 20 000 Exemplaren. Nur wenig später wurde er durch eine neue Monatszeitung abgelöst: die „Deutsche Stimme“ (DS), die bis heute als offizielles Presseorgan der NPD fungiert. In der Erstausgabe von Januar 1976 rechtfertigte die Parteileitung den Zeitungsnamen – vom Ursprungstitel „Deutscher Aufbruch“ war man inzwischen abgerückt – und die politische Aufgabe des Organs auf etwas vermessene Art und Weise:

„Wir wollen ja nicht nur ‚Stimmen gewinnen‘. Wir wollen deutsche Stimme, Stimme für Deutschland, Stimme für das deutsche Volk, die deutsche Stimme sein. [...] Für uns gibt es weder eine westdeutsche Wohlstands-, eine mitteldeutsche Arbeiter- und Bauern- oder eine österreichische Nation. Dem Selbstbestimmungsrecht unseres Volks von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt Gehör zu verschaffen, einer Ordnung den Boden zu bereiten, die auf dem lebensrichtigen Bild der Menschen und Völker gründet, dazu bedarf es der Deutschen Stimme.“<sup>17</sup>

Als selbsternannte „Volksstimme“ entlehnte sie ihr Layout aus der zeitgenössischen Boulevardpresse: Über kurzen, recht belanglosen und sprachlich leicht zugänglichen Texten standen fettgedruckte, plakative Titel; Informationskästchen und Fotos hoben ferner jene Männer und Frauen hervor, die sich im Auftrag der NPD mit fröhlicher Miene „direkt“ an die Deutschen wandten, zu Spenden aufriefen und die Ideen und Aktionen der NationaldemokratInnen bewarben. Während die ersten zwei Seiten sich mit innenpolitischen und internationalen Angelegenheiten auseinandersetzten, in diesem Rahmen vorwiegend mit der Regierung Schmidt, später mit der Regierung Kohl und allgemein mit dem politischen Establishment abrechneten, informierten die folgenden sechs Seiten über interne Sachverhalte. Wahllos wurden hier Kommentare, Nachrufe, Kleinanzeigen, Tätigkeitsberichte und ideologische Stellungnahmen zu diversen Themen publiziert. Anders als in der DN gab es in der DS keine den Frauen vorbehaltene Rubrik. Mochten einige wenige Artikel „die Frauen“ oder „die Familie“, z. B. bezüglich des Abtreibungsrechts, des Bevölkerungsrückgangs oder der schulischen Sexualaufklärung, erwähnen, so räumte man den Nationaldemokratinnen dort jedoch kaum Mitwirkungsmöglichkeiten ein. Die Parteizeitung richtete sich ganz

die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) zusammen. Vgl. Virchow, Struktur und Funktion der Frey-Presse.

<sup>16</sup> Die Unabhängigkeit war durchaus begrenzt, wurde doch auch der „Deutsche Kurier“ vom Schütz-Verlag herausgegeben. Im Gegensatz zur DWZ konnte die NPD beim DK nur über die Hälfte des Zeitungsinhalts frei verfügen. Vier von den insgesamt acht Seiten gestaltete der stellvertretende Vorsitzende Ernst Anrich; ebenda, S. 35.

<sup>17</sup> Ein Wort zum Titel „Deutsche Stimme“, in: Deutsche Stimme (DS), 1/1976, S. 6.

offensichtlich an die Männer.<sup>18</sup> Bemerkenswerterweise wurden ab dem Ende der 1970er-Jahre bevorzugt Frauen in lasziv anmutenden Posen in der Zeitung abgebildet. Die bildbegleitenden Slogans, die mal informativ – „Wir machen bei der NPD mit“ –, mal auffordernd – „Komm' zu uns“ –, mal völlig zusammenhanglos – „den Frieden durch die deutsche Unabhängigkeit sichern“ – daherkamen,<sup>19</sup> veranschaulichten recht eindrucksvoll das nationalistische Ideal genuin „deutscher“, d. h. weißer und meist blonder Weiblichkeit. Allerdings war die aufreizende Bildsprache dazu gedacht, das ‚Sex-Appeal‘ der Partei bzw. der JN zu forcieren, allerdings nicht, um mehr Frauen an diese zu binden, sondern um mehr Männer anzulocken, die ohnehin das Gros der NPD-Wählerschaft ausmachten. Frauen fungierten somit als Gegenstand männlicher Phantasien, sie wurden erotisiert bzw. sexualisiert und für politische Zwecke funktionalisiert. Ab der Mitte der 1980er-Jahre ging die DS wieder zu traditionelleren Darstellungsformen über: Als weibliche Identifikationsfiguren wurden Parteifrauen wieder mehr für ihr „vorbildliches“ Engagement, unabhängig von Alter und ästhetischen Kriterien, gewürdigt, wie etwa das Beispiel der Münchnerin Ilse Herrmann zeigt. Im Rahmen der 1984 stattfindenden Europawahl wurde sie der Leserschaft detailreich vorgestellt:

„In München wurde sie geboren, dort besuchte sie die Schule bis zum Abitur und studierte Medizin bis zum Physikum. Nach dem Tod des Ehemannes (1980) trat die vorbildliche Nationaldemokratin als Kreisvorsitzende und Landesgeschäftsführerin an dessen Stelle. Die Mutter von drei erwachsenen Kindern richtet ihr besonderes Augenmerk auf alle Probleme der Familien- und Sozialpolitik. Als wir sie nach ihren Hobbys fragten, antwortete die Optimistin: ‚Ja zum Leben sagen – das kann auch ein Hobby sein!‘ Auf Platz 7 finden Sie am 17. Juni 1984 Ilse Herrmann im Wahlvorschlag der NATIONALDEMOKRATEN (NPD).“<sup>20</sup>

Nicht nur ihre intellektuellen, auch ihre politischen und „mütterlichen“ Fähigkeiten betonte die Lobrede auf diese als familienpolitische Expertin ausgewiesene Nationaldemokratin. Die Personalisierung von Politik diente der NPD als Mittel zur weiblichen Mobilisierung für den Wahlkampf. Dennoch scheiterte sie mit dieser Strategie: Nur 0,4% der Wählerinnen (gegen 1,2% der Wähler) gaben der NPD ihre Stimme.<sup>21</sup>

Schlussendlich fungierten die Nationaldemokratinnen in dieser Periode eher als Propagandaobjekte zur Valorisierung des „weiblichen Bereichs“ denn als eigentliche Akteurinnen oder Produzentinnen der ‚weiblichen‘ Ideologie. Von der programmatischen und journalistischen Arbeit so gut wie ausgeschlossen, entzog

<sup>18</sup> Die männlichen Leser wurden dazu aufgerufen, die nationaldemokratische Propaganda an ihre Frauen weiterzuvermitteln und diese zu überzeugen, in die NPD einzutreten. Das illustriert z. B. das humorvoll gemeinte Bonmot: „Übrigens: Nationaldemokratische Politik ist auch Frauensache. Haben Sie schon mal mit Ihrer Frau gesprochen ... und zugehört?“, in: DS, Nr. 5/1979, S. 7.

<sup>19</sup> Vgl. bspw. DS, Nr. 10/1976, S. 7; DS, Nr. 12/1976, S. 1; DS, Nr. 2/1977, S. 8; oder DS, Nr. 3/1983, S. 7.

<sup>20</sup> DS, Nr. 5/1984, S. 8.

<sup>21</sup> Insgesamt erhielt die NPD bei der Europawahl nur 0,8% der Stimmen; Hoffmann, NPD, S. 458.

man ihnen zusätzlich auch die konzeptionelle Gestaltungsmacht in ihrem Bereich, der nun maßgeblich von Männern beherrscht wurde. Dass sie den nationaldemokratischen Tenor aber vollends übernahmen und sich aktiv an der Propagierung nationaldemokratischer Inhalte beteiligten, diese manchmal auch zuspitzten, soll im Folgenden gezeigt werden.

## 2. Nationaldemokratinnen in der Fundamentalopposition

### 2.1. Der „linke Terror“ und die autoritäre Sicherheitspolitik der NPD

In den 1970er-Jahren versetzten die Morde, Raubüberfälle, Entführungen und Attentate der Roten Armee Fraktion (RAF) ganz Westdeutschland in ein Klima der Angst. In brüchiger Kontinuität zur 68er-Bewegung hatte sich das terroristische Trio um Andreas Baader, einem „anti-intellektuellen Bohemien“ (Edgar Wolf- rum), Gudrun Ensslin und die Journalistin Ulrike Meinhof 1970 im Untergrund gebildet, um den Staat und das „kapitalistische System“ kämpferisch zu überwinden. In paramilitärischen Trainingscamps des Mittleren Ostens ausgebildet, orientierten sich die Mitglieder der Terrorzelle in ihrer Vorgehensweise an der Stadtguerilla aus der „Dritten Welt“: Bis zu ihrer Verhaftung im Jahr 1972 verübten sie mehrere Banküberfälle, Morde und Bombenattentate auf Polizisten, Soldaten und Einrichtungen der amerikanischen Armee. Mit ihrer Inhaftierung in Stuttgart-Stammheim setzte eine neue, ebenfalls heiße Phase ein, die maßgeblich von der zweiten RAF-Generation getragen wurde. Deren AnhängerInnen verübten Morde und Geiselnahmen, um die Freilassung der gefangenen TerroristInnen zu erpressen. 1977 erreichte die terroristische Gewalt ihren Höhepunkt. Geprägt war das Jahr durch die Morde an dem Generalbundesanwalt Siegfried Buback, dem Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, und dem Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer sowie durch die von palästinensischen Sympathisanten verübte Entführung eines Lufthansa-Passagierflugzeugs. Nach dem Scheitern der Operation und der Befreiung der Geiseln in Mogadischu begingen Baader und Ensslin am 18. Oktober 1977 in ihrer Stammheimer Gefängniszelle Selbstmord; mit ihrem Suizid endete der „Deutsche Herbst“.<sup>22</sup>

Wie die Oppositionsparteien verurteilte auch die NPD den linksextremistischen Terrorismus, geißelte zugleich aber auch die „Schwäche“ der Schmidt-Regierung, die ihr zufolge nicht imstande war, den Staat angemessen zu schützen.

<sup>22</sup> Die RAF existierte offiziell bis 1998 weiter. Sabine Bergstermann hat sich der „bleiernen Zeit“ (Margarete von Trotta) aus der Perspektive des Stammheimer Hochsicherheitsgefängnisses genähert. In ihrem Blickpunkt stehen die Haftbedingungen und Todesumstände der TerroristInnen sowie die in der Öffentlichkeit ausgetragenen Kontroversen über die RAF und das Staatsverhalten während des „Deutschen Herbstes“. Vgl. Bergstermann, Stammheim.



Zum Tode Ulrike Meinhofs, die sich 1976 in ihrer Zelle erhängt hatte, widmete die DS der „roten Ulrike“ einen Artikel, in welchem sie, ihre SympathisantInnen und die politische Linke allgemein über einen Kamm geschoren und kriminalisiert wurden:

„Die Anarchie lebt weiter, auch wenn die Meinhof nicht mehr lebt. [...] Die wirklich Gefährlichen sind die geistigen Handlanger der Anarchisten. Sie breiten den Mantel der Nächstenliebe über deren Verbrechen. Sie entschuldigen sie nicht nur. Nein, sie feiern es. Ihr verrücktes Maß wird an den Worten deutlich, die der Theologie-Professor Gollwitzer der Meinhof nachrief: ‚Ulrike war die bedeutendste Frau seit Rosa Luxemburg.‘ Wir sagen: Keine von beiden war eine bedeutende Frau. Jede Mutter, die ihre Kinder recht erzieht und sich für sie aufopfert, ist bedeutender und wertvoller. Aber indem wir dies sagen, müssen wir uns bei allen Müttern entschuldigen, weil jeder Vergleich zwischen ihnen und einer Verbrecherin wie eine Beleidigung auf sie wirken muß.“<sup>23</sup>

Mit der im Zitat getätigten Luxemburg-Meinhof-Analogie verunglimpfte der Autor gleich zwei als „gefährlich“ betrachtete historische Akteurinnen und Vertreterinnen linksrevolutionärer Strömungen. Gemein sei diesen Frauen, dass sie sich aufgrund ihres „widernatürlichen“ politischen Aktivismus von ihrer Berufung, dem Muttersein, entfernt hätten und man sie deswegen weder als wert- noch als bedeutungsvoll betrachten könne. Demgegenüber stellte die DS jene Mütter heraus, die sich sozusagen ihrem Geschlecht entsprechend für ihre Kinder – und nicht für eine politische Idee – aufopfert, eine Aussage, die man als implizite Anspielung auf Meinhof deuten kann: Sie hatte bekanntlich zwei Töchter auf ihrem Weg in den Untergrund zurückgelassen. Nur die Beibehaltung der traditionellen Geschlechterordnung könne, so argumentierte die DS, die bestehende staatliche Ordnung wahren und die innere Sicherheit gewährleisten. Somit knüpfte die NPD an einen Diskurs an, den sie bereits im Wahlkampf 1969 gegen die APO gerichtet hatte: Den „Umsturzbestrebungen“ der Linken könne nur die NPD als ultimatives staatstragendes Bollwerk Einhalt gebieten. In diesem Sinne bezichtigte sie im Oktober 1977, mitten im „Deutschen Herbst“, die sozialliberale Koalition, wegen ihrer vermeintlichen Nachgiebigkeit „staatszersetzend“ zu agieren,<sup>24</sup> gar für die Verbrechen der terroristischen Linken mitverantwortlich zu sein:

„Wieder haben die Terroristen brutal, überlegt und ausgeklüngelt [*sic!*] gemordet. In Gefängniszellen erdacht, durch Mordgehilfen in Anwaltsroben unterstützt, moderne Technik raffiniert nutzend, wird mit Mord und Entführung Krieg gegen unseren Staat geführt. Gegen unseren Staat. Denn der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat ist **unser** Staat. [...] Die Parteien, die in unserem Staat Verantwortung tragen, klagen wir an, an der Ausbreitung der Seuche des Terrorismus schuldig zu sein.“<sup>25</sup>

Im Rahmen des NPD-Frauenkongresses vom 1. Oktober 1977 machte sich auch Marlene Erber, Bundesvorstandsmitglied und Leiterin des bayerischen Frauenar-

<sup>23</sup> Selbstmord – die rote Ulrike bombt nicht mehr, in: DS, Nr. 6/1976, S. 8.

<sup>24</sup> Die NPD forderte mehr Mittel für Polizei und Staatsschutz sowie eine schnellere und härtere Justiz. Sie ging aber nicht so weit, die Wiedereinführung der Todesstrafe zu reklamieren, wie sie zahlreiche NationaldemokratInnen schon seit dem Ketscher Parteitag von 1975 forderten.

<sup>25</sup> Wir klagen an ..., in: NPD – informiert, Nr. 10/1977, o.S. (Hervorhebung im Original).

beitskreises, das Argument zu eigen, fügte dem aber noch eine historische Dimension hinzu:

„Diese Banditen und Mörder sind nicht die Kinder Hitlers, wie einige total verblödete Politiker und Journalisten dem Bürger glauben machen wollen! Nein, diese Sprößlinge stammen durchweg aus sogenannten ‚guten‘ Elternhäusern, sofern man gut mit besitzend oder akademisch gebildet gleichsetzt. Sie sind geboren und herangewachsen während der Zeit einer CDU-geführten Regierung, einer Zeit, die geprägt war von dem widerlichen Tanz ums goldene Kalb, in einer Zeit der Diffamierung des eigenen Volkes und der eigenen Geschichte, in der alle sittlichen Normen über Bord geworfen wurden. Damals holte man sich die sattsam bekannten marxistischen Professoren an unsere Universitäten, die inzwischen die Gehirne einer ganzen Generation vergiftet haben. Hier allein liege die Wurzel.“<sup>26</sup>

Scheinbar wollte sie den Adenauer-Mythos dekonstruieren und die Christdemokraten als Wegbereiter der linken Revolution brandmarken, immerhin hätten die Regierungen seinerzeit die „linke Umerziehung“ der Jugend zugelassen und den Materialismus und Konsumismus auf Kosten „wahrer“ Werte zum Durchbruch verholfen. Demgegenüber schien sie Hitler und seine nationalistischen „Kinder“, mit denen sich die 1921 Geborene vielleicht besonders identifizierte, zu rehabilitieren. Ihr zufolge waren sie die wahrhaftigen Bewahrer des „Volks“. Mit diesem, die sozialliberale Regierung und konservative Opposition stets diskreditierenden Narrativ machte die NPD ihren Macht- und Alleinvertretungsanspruch geltend und präsentierte sich im Kontext der allgemeinen sicherheitspolitischen Destabilisierung als einzig legitime politische Kraft, als einzige Alternative zu den etablierten Parteien.

Den Linksterrorismus funktionalisierte die NPD gleichermaßen als Schreckgespenst und als Nebelkerze, lenkte er doch vom Rechtsterrorismus ab, der in diesem Jahrzehnt ebenfalls wütete, ohne jedoch die gleiche öffentliche und politische Aufmerksamkeit zu erregen. Im Anschluss an die Aktion Widerstand hatte sich ein Teil der extremen Rechten zu Beginn der 1970er-Jahre radikalisiert. Neben Einzeltätern wie Ekkehard Weil oder dem Ehepaar Helge und Ingrid Röthke, die 1970, 1971 und 1977 sowjetische Soldaten, DDR-Grenzsoldaten und die SEW-Zentrale in West-Berlin zur Zielscheibe ihrer Anschläge machten, bildeten sich eine Vielzahl aktivistischer Gruppen<sup>27</sup> heraus, deren erklärtes Ziel es war, mittels Gewalt und Terrorismus ein dem Nationalsozialismus nachempfundenes Regime in Deutschland zu errichten. Das Münchener Oktoberfest-Attentat vom 27. September 1980, bei dem neben dem Täter Gundolf Köhler 12 Menschen ums Leben kamen und Hunderte verletzt wurden, ist als Höhepunkt eines von Morden, Brandanschlägen und anderen Gewalttaten gegen politische Gegner, PolizistInnen, MigrantInnen, Flüchtlinge, Juden und Jüdinnen geprägten rechtsterroristischen Aktionismus in die Zeitgeschichte eingegangen. Die Welle der Gewalt, der mehr als 30 Personen zum Opfer fielen, ebte erst ab 1982 ab, als die westdeutschen Behörden die Repression gegen

<sup>26</sup> Marlene Erber, Frauenkongreß in Heidelberg, in: DS, Nr. 11/1977, S. 5.

<sup>27</sup> Dazu zählten u. a. Manfred Roeders Deutsche Bürgerinitiative (1971), Karl-Heinz Hoffmanns Wehrsportgruppe (WSG Hoffmann, 1973), Erwin Schönborns Kampfbund deutscher Soldaten (KDS, 1975) sowie Michael Kühnens Aktionsfront nationaler Sozialisten (ANS, 1977).

rechtsterroristische Gruppen verstärkten.<sup>28</sup> Um einer öffentlichen Stigmatisierung vorzubeugen, beschloss der NPD-Vorstand im März 1978, „jegliche Mitwirkung, Zusammenarbeit, Mitgliedschaft und Teilnahme an Veranstaltungen, bei Organisationen und organisationsähnlichen Zusammenschlüssen und Gruppen, in denen Manfred Roeder, Erwin Schönborn, Thies Christophersen oder Karl-Heinz Hoffmann mitwirken“, zu untersagen.<sup>29</sup> Des Weiteren distanzierte er sich im November 1980 auch ausdrücklich vom Oktoberfest-Attentat, verharmloste den Rechtsterrorismus aber zugleich:

„Der Parteivorstand der NPD hat oft genug alle Terrorakte verurteilt, diese als gemeine Verbrechen bezeichnet und deren härteste strafrechtliche Verfolgung gefordert. [...] Die NPD ist sich ihres demokratischen Auftrags voll bewußt. Wenn es auf der sogenannten rechten Seite im Gegensatz zu der marxistischen Theorie terroristenfreundlicher Linken bisher einen Terrorismus so gut wie nicht gegeben hat, ist dies nicht zuletzt das Verdienst der NPD. Die NPD bedauert, daß dieser nicht geringe Dienst an unserem Staat von den für ihn Verantwortlichen nicht gewürdigt und sogar gelehnt wird.“<sup>30</sup>

Die Abgrenzung von der „extremistischen“ Linken<sup>31</sup> und die Bejahung eines staatstragenden Legalismus waren für die NPD schier überlebenswichtig geworden, seitdem die Regierung Brandt ihre demokratische Wachsamkeit erhöht und 1972 den „Radikalerlass“ eingeführt hatte, um verfassungsfeindliche Kräfte aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen bzw. von ihm fernzuhalten. Dieser Erlass steht exemplarisch für die gegensätzlichen Tendenzen, welche die Ära Brandt charakterisierten. Es war eine Zeit, in der einerseits die sozialliberale Ostpolitik eine Entspannung im Kalten Krieg einleitete und das Verhältnis Westdeutschlands zum Ostblock grundlegend verbesserte, andererseits aber eben auch eine Periode, in der aufgrund einer verschärften innergesellschaftlichen Polarisierung nach „1968“ die Brandt'schen Verheißungen des „Mehr Demokratie wagen“ durch politische Entliberalisierungsmaßnahmen entkräftet wurden.<sup>32</sup> Zur Abwehr von revolutionären Bestrebungen, mochten sie von der APO – man denke an Rudi Dutschkes „Marsch durch die Institutionen“ –, der umtriebigen DKP oder der terroristischen RAF formuliert worden sein, beriefen sich Politik und Verwaltung auf das Prinzip der „wehrhaften Demokratie“ und stützten sich auf ein repressives Instrumentari-

<sup>28</sup> Zum rechtsterroristischen Fahrwasser der 1980er-Jahre gehörten u. a. die von Manfred Roeder 1980 ins Leben gerufenen Deutschen Aktionsgruppen, die WSG Hoffmann sowie andere Wehrsportgruppen, der KDS, Friedhelm Busses VSPD/PdA oder die Hepp-Kexler-Gruppe (1982). Die lange in einer abwartenden Haltung verharrenden Behörden verboten im Laufe der 1980er-Jahre die WSG Hoffmann (1980), den VSPD/PdA (1982) und Kühnens ANS/NA (1983). Vgl. Virchow, Nicht nur der NSU.

<sup>29</sup> PV erwartet Parteibewußtsein, in: DS, Nr. 4/1978, S. 3. Ab 1983 wurde der Unvereinbarkeitsbeschluss auch auf Kühnens ANS/NA ausgedehnt. Vgl. DS, Nr. 8/1983, S. 4.

<sup>30</sup> DS, Nr. 11/1980, S. 3.

<sup>31</sup> In einer Broschüre von 1978 identifizierte Marlene Erber lediglich die „linken Staatsfeinde“ als „Extremisten“. Vgl. Welche Leute sind Extremisten?, in: APABIZ, NPD-Interna, 3.6.

<sup>32</sup> Zweifellos belastete der Radikalerlass die Kanzlerschaft Willy Brandts, weil er absolut unvereinbar mit den verheißungsvollen Modernisierungs-, Liberalisierungs- und Demokratisierungsversprechen schien, die Brandt in seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 formuliert hatte. Vgl. Schildt/Schmidt (Hrsg.), Wir wollen mehr Demokratie wagen.

um. Der „Radikalenerlass“ sah vor, dass BeamtInnen, Angestellte und BewerberInnen für den Staatsdienst durch das BfV auf ihre Gesinnung und Verfassungskonformität hin überprüft wurden. Bei dem Verdacht verfassungsfeindlicher Aktivitäten konnte ihnen der Eintritt in den öffentlichen Dienst oder der Verbleib in diesem verwehrt werden. Auch wenn sich der „Extremistenbeschluss“ vornehmlich gegen die kommunistische Linke wandte,<sup>33</sup> von der sich die unter Beschuss der Konservativen stehende SPD scharf abgrenzen wollte, so war die NPD, wenn auch in kleinerem Maße, ebenfalls davon betroffen. Sie nutzte die Aufmerksamkeit, um sich der Öffentlichkeit als „Opfer“ einer staatlich organisierten Hexenjagd zu präsentieren. Für die Lehrer Rolf Kosiek und Günter Deckert sowie den Polizisten Anton Kollross wurden im Laufe der 1970er-Jahre Berufsverbote verhängt.<sup>34</sup> Die im öffentlichen Dienst tätigen NPD-Frauen hingegen blieben völlig unbehelligt. Diese Tatsache verleitete die Lübecker Nationaldemokratin und Lehrerin Eva Happach 1972 dazu, von ihrem Arbeitgeber, dem Land Schleswig-Holstein, die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst zu fordern, um ihre Verfassungskonformität bzw. die demokratische Vereinbarkeit ihres NPD-Engagements mit ihrer gymnasialen Lehrtätigkeit unter Beweis zu stellen. So wollte sie ihre Partei vom Extremistenverdacht befreien und den medial unterstützten „Staatsterror“ entlarven, den sie in einem Brief an den Justizminister Schleswig-Holsteins vom 26. Februar 1972 folgendermaßen beschrieb:

„Der von dem politischen Etablissement [*sic!*] und der Meinungsmache bisher durchgeführte Terror hat zwar das beabsichtigte und hähmisch [*sic!*] begrüßte Ergebnis, daß viele betroffene Mitglieder die NPD aus persönlichen Gründen verlassen, weil sie an das tägliche Brot für Frau und Kinder denken müssen. Echte Demokratie stirbt aber unter verfassungswidrigem, rechtlich haltlosen Terror [*sic!*]. [...] Ich beantrage daher, [*sic!*] die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen mich wegen meiner Mitgliedschaft in der NPD mit der Feststellung, daß ich damit nicht Mitglied in einer Organisation verfassungsfeindlicher Zielsetzung bin.“<sup>35</sup>

Noch am gleichen Tag wandte sie sich an das für die Prüfung des Verfassungsschutzes zuständige Innenministerium mit der Bitte, die gegen ihre Partei gerichteten „diffamatorischen Unterstellungen“ in der Regionalpresse zu unterbinden und die NPD zu entlasten.<sup>36</sup> Sechs Monate später schickte sie ihr Gesuch an das

<sup>33</sup> Die Zeitgeschichtsschreibung beleuchtet diese Maßnahme meist vor dem Hintergrund des Kalten Krieges. Dominik Rigoll hingegen interpretiert sie als Ergebnis der „Renazifizierung“ der Funktionseliten in der Ära Adenauer und der damit einhergehenden Errichtung eines antitotalitären, *de facto* aber vor allem antikommunistischen Konsenses in der Bundesrepublik, der in den 1970er-Jahren zum „Extremistenbeschluss“ geführt habe. Vgl. Rigoll, Staatschutz.

<sup>34</sup> 1974 wurde ein Verfahren gegen den baden-württembergischen stellvertretenden Landesvorsitzenden Rolf Kosiek eingeleitet, das 1975 auf seinen Ausschluss aus dem öffentlichen Dienst hinauslief. Er wurde 1977 wieder in den Staatsdienst integriert, 1980 dann aber definitiv entlassen. Günter Deckert durchlief drei Berufsverbotsverfahren. Das erste wurde 1978 folgenlos eingestellt, das zweite erwirkte 1982 seine Zurückstufung vom Oberstudienrat zum Studienrat, das dritte führte 1988 schließlich zu seiner Entlassung aus dem Staats- und Schuldienst.

<sup>35</sup> Offener Brief Eva Happachs an Henning Schwarz (Landesjustizminister Schleswig-Holsteins), 26. 2. 1972, in: APABIZ, NPD-Interna, 3.4.

<sup>36</sup> Offener Brief Eva Happachs an Rudolf Tietzck (Innenminister Schleswig-Holsteins), 26. 2. 1972, in: ebenda.

Kultus- und Bildungsministerium, das sie inständig aufforderte, die von ihr als antidemokratisch und verfassungsfeindlich bewertete Diskriminierungspraxis gegen die NPD einzustellen.<sup>37</sup> Das im Grundgesetz verankerte Diskriminierungsverbot bemühte sie nur, um den politischen Feind, die „linke“ Presse und die Staatsvertreter besser diskreditieren zu können. Im Gegensatz zu diesen, so lautete ihr Argument, erweise sich die NPD als besonders staatsstreu, da sie ja schließlich auf undemokratische Missstände in der Bundesrepublik aufmerksam gemacht habe. Weil die Behörden allerdings „keine Anhaltspunkte für eine individuelle Verletzung der beamtenrechtlichen Treuepflicht gemäß § 65 Abs. 2 des Landesbeamtengesetzes“ konstatieren konnten, stellten sie das Verfahren kurz nach dessen Einleitung ein.<sup>38</sup> Das Innenministerium gab bekannt, dass man Eva Happach, wäre sie Bewerberin für den Staatsdienst gewesen, wahrscheinlich nicht eingestellt hätte, dass man aber sonst nicht gewillt war, eine „Beamtin auf Lebenszeit“ aus dem öffentlichen Dienst zu entlassen.<sup>39</sup> Der als öffentlichkeitswirksame Skandalisierungskampagne inszenierte Vorstoß Happachs lief letztendlich ins Leere: Die NPD wurde weder als explizit „extremistisch“ eingestuft noch entlastet, und auch das Medienecho blieb äußerst verhalten.

Das Beispiel Eva Happachs zeigt letztendlich, wie erratisch und willkürlich der Radikalerlass in den 1970er-Jahren in der Praxis gehandhabt wurde. Plausibel erscheint zudem, dass das Urteil weniger milde ausgefallen wäre, hätte Happach zur extremen Linken und nicht zur extremen Rechten gehört. Vermutlich wurde eine rechtsextreme Frau als weniger staatsgefährdend als ein rechtsextremer Mann, geschweige denn als eine linksextreme Frau eingestuft. Im Gegensatz zu Akteurinnen wie Gudrun Ennslin, Ulrike Meinhof oder Brigitte Mohnhaupt, die sich im kollektiven Bewusstsein zum Inbegriff eines radikalen, blutrünstigen und kompromisslosen Fundamentalismus entwickelt hatten, wurden rechtsextreme Frauen von den Polizei- und Justizbehörden, der Presse und Forschung kaum als Gefährderinnen wahrgenommen, sondern unterschätzt, übersehen oder willentlich ignoriert.<sup>40</sup> Noch verteidigte die NPD den demokratischen Staat, doch bezeugte Happachs Initiative schon die allmähliche Verschiebung der Parteikordinaten von einem zuvor freilich Establishment-kritischen Legalismus und Etatismus hin zu einer rabiat antikonformistischen, bisweilen gar systemfeindlichen Linie, die für die folgenden Jahrzehnte prägend sein sollte. An der Schwelle zu den 1980er-Jahren vollzog die Partei eine radikale identitäre Wende, in deren Rahmen sie nicht nur ihre vergangenheitspolitische Position, sondern auch ihr Verhältnis zu Politik und Staat von Grund auf revidierte.

<sup>37</sup> Offener Brief Eva Happachs an Werner Braun (Kultusminister Schleswig-Holsteins), 8. 7. 1972, in: ebenda.

<sup>38</sup> Pressemitteilung des NPD-Landesvorstands von Schleswig-Holstein, 22. 8. 1973, in: ebenda.

<sup>39</sup> Brief des Anwalts der schleswig-holsteinischen NPD an den Staatssekretär Werner Schmidt, 28. 8. 1973, in: ebenda.

<sup>40</sup> Die Debatte um die misogyn anmutende Ausblendung weiblicher (Mit-)Täterschaft ist im Rahmen der Rechtsterrorismusforschung und der neuen Erkenntnisse rund um den NSU wieder entflammt. Vgl. Köttig, Gender Stereotypes.

## 2.2. Die Bundesrepublik als „Provisorium“

Im Laufe der Jahrzehnte hatte sich die Bundesrepublik zu einem weitestgehend normalen, fast souveränen, mit eigener Staatsräson und eigenständiger politischer Kultur versehenen Staat entwickelt. Spätestens in der Ära Kohl betrachtete sie sich nicht mehr als „Provisorium“, sondern als definitive Staatsform, was die deutsche Vereinigung vom 3. Oktober 1990 lediglich staatsrechtlich zu bestätigen schien. Wie Andreas Wirsching meint,

„gehört es zu den größten Ironien der neuesten deutschen Geschichte, dass der tatsächliche Abschied vom Provisorium zu eben jenem Zeitpunkt gleichsam ‚passierte‘, als sich die ‚alte‘ Bundesrepublik definitiv von ihrem Selbstverständnis als Provisorium löste.“<sup>41</sup>

Als nationalistische Partei konnte und wollte die NPD den Konsens über die dauerhafte Existenz der Bundesrepublik und der damit verbundenen Zwei-Staaten-Lösung nicht befürworten. Unentwegt pochte sie seit Beginn der 1970er-Jahre auf das Verfassungsgebot, das die Bundesregierungen seit 1949 dazu anhielt, Deutschland zu „Einheit und Freiheit“ zu führen:

„Ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende haben die Regierung und die Bundestagsparteien das erste Gebot der deutschen Politik und den Verfassungsauftrag des Grundgesetzes, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, verraten und die Teilung Deutschlands vertraglich zugunsten des kommunistisch-bolschewistischen Ostens besiegelt. Die Deutschen in der Bundesrepublik wurden dahin gebracht, diese verräterische Politik zu dulden und als angebliche Entspannungspolitik anzuerkennen. Ihr Nationalbewußtsein wurde zerstört. Der Raub Ostdeutschlands und des Sudetenlandes sowie die Vertreibung der Deutschen aus diesen Gebieten wurden sanktioniert.“<sup>42</sup>

Für sie war Deutschland „größer als die Bundesrepublik“<sup>43</sup> und die Bundesrepublik als solche nur akzeptabel, sofern sie provisorisch war und mittel- oder langfristig gemäß Art. 146 GG in eine andere, neue Staatsform übergang. So stützte sich die NPD gerne sinnverdrehend auf die Präambel des Grundgesetzes, um die Abschaffung der Bundesrepublik verschmitzt und zynisch als Ziel ihrer Politik zu verkünden: „Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. All unsere Arbeit DIENT DIESEM TAGE.“<sup>44</sup> Dieser „Tag“, den sie offensichtlich herbeisehnte und durchaus auch provokativ beschwor, kann als Projektion des „Tages X“, in rechts-extremen Kreisen verstanden als nationalistische „Machtergreifung“, gedeutet werden. Ihre Umsturzphantasien verbarg sie allerdings hinter einer verfassungskonformen Fassade. Ende der 1970er-Jahre gab sie ihre Systemfeindschaft noch nicht öffentlich preis, sondern setzte auf staatsfeindliche Anspielungen und eine ambivalente bzw. chiffreartige Kommunikation. Auch erläuterte sie nie, in welcher Form und in welchen Grenzen – den Staatsgrenzen von 1937? – die deutsche Einheit gestaltet werden sollte und welche – autokratische? – Staatsform letztendlich

<sup>41</sup> Wirsching, Abschied, S. 11.

<sup>42</sup> NPD, Programm, 1973.

<sup>43</sup> Nationaldemokratische Propaganda-Depesche (NP-D), IV/1979, S. 1.

<sup>44</sup> Das Ende der Bundesrepublik, in: NP-D, V/1979, S. 13 (Großbuchstaben im Original).

die Bundesrepublik ersetzen sollte. Wichtig war ihr in erster Linie, die „Deutsche Frage“ zu lösen, die „Kolonialherrschaft auf deutschem Boden“<sup>45</sup> – gemeint waren die Alliierten – zu überwinden und dem vereinigten Deutschland eine neutrale Position zwischen den zwei Blöcken zu verschaffen.

Den SED-Staat verpönte die NPD weiterhin als Inbegriff des Willkür- und Unrechtsstaats<sup>46</sup> und verbat sich jegliche Annäherung oder Kooperation mit der „Zone“, auch nicht mit ihrem ostdeutschen Pendant, der NDPD, die ihr zufolge als „Schwesterpartei“ nicht in Frage kam, weil sie dem „deutschen Vaterland“ offensichtlich das „sozialistische Vaterland“ vorzog.<sup>47</sup> Ab 1984 rückte Martin Mußgnug allmählich von dieser unerbittlichen Position ab und trat nun für die Errichtung einer „Konföderation Deutschland“ ein. Von beiden deutschen Staaten getragen, sollte sie in einer Nationalversammlung paritätisch von Bundestags- und Volkskammerabgeordneten vertreten werden, deren Aufgabe es war, die Wiedervereinigung vorzubereiten und durchzuführen.<sup>48</sup> Diese späte Neupositionierung war vermutlich der Feststellung geschuldet, dass die kategorische Ablehnung einer deutsch-deutschen Annäherung in der Bundesrepublik in den 1980er-Jahren nur noch von einer randständigen Minderheit für richtig und legitim befunden wurde, dass sie außerdem bereits 1969 zur Niederlage geführt hatte und dass sich die NPD mit der Konföderationsidee auch von der CDU abgrenzen konnte. Letztere hatte bei ihrem Regierungsantritt 1982 zwar eine „geistig-moralische Wende“ verkündet, faktisch aber die Deutschlandpolitik ihrer sozialliberalen Vorgänger fortgeführt und somit die DDR und die deutsche Teilung als unumstößlichen Ist-Zustand anerkannt.

Mochte ihr Zukunftsbild noch relativ vage konturiert sein, so erschien ihr Vergangenheitsbild umso deutlicher am Horizont. Wie in den 1960er-Jahren griffen die NationaldemokratInnen insbesondere die bundesrepublikanische Vergangenheitsbewältigung an. Sie hielten ihr u. a. vor, das „Nationalbewusstsein“ der Deutschen durch „Lügendgeschichten“ abgestumpft zu haben. Zur Rehabilitierung der „deutschen Opfer“ versuchten sie ihrerseits einen revisionistischen Gegendiskurs zu etablieren. Ursula Schaffer, eine ausgewiesene „Geschichtsexpertin“ der Partei, veröffentlichte 1978 einen Artikel, der mit Bundeskanzler Helmut Schmidt abrechnete und ihn der moralischen bzw. erinnerungspolitischen Korruption bezichtigte:

„Am 21.11.77 wurde der Staatsbesuch Sadats in Israel beendet, der Besuch Schmidts in Polen begonnen: zwei Ereignisse, die Parallelen nahelegen. Beides sind Besuche der politischen Führungskräfte zweier Nationen, die als Besiegte territoriale Verluste durch die von ihnen besuchten Länder erlitten, deren Volksangehörige zu einem großen Teil grausam vertrieben wurden und

<sup>45</sup> Wir sind Deutsche – Schluß mit der Kolonialherrschaft auf deutschem Boden, in: DS, Nr. 9/1979, S. 1.

<sup>46</sup> Viel berichtete sie über Schicksale von misshandelten Männern und Frauen auf der anderen Seite der Mauer; sie bereitete bspw. auch jenes der wegen versuchter „Republikflucht“ in der DDR inhaftierten Doris Wells propagandistisch auf. Vgl. Doris Wells, in: DS, Nr. 12/1981, S. 2.

<sup>47</sup> Nationaldemokraten im Zonenstaat, in: DS, Nr. 10/1979, S. 4.

<sup>48</sup> Hoffmann, NPD, S. 341 f.

auch noch als nationale Minderheiten unter fremder Staatssouveränität leben. So feierlich mit allen staatspolitischen und militärischen Ehren Sadat begrüßt und verabschiedet wurde, so war doch unmißverständlich seine Forderung nach **Abzug Israels aus allen besetzten Gebieten** einschließlich Ost-Jerusalems und auf Anerkennung der Rechte der Palästinenser. [...] Bundeskanzler Schmidt hingegen erwähnte **mit keinem Wort** deutsche Rechtsansprüche auf die lt. Potsdamer Protokoll nur vorübergehend unter polnische Verwaltung und lt. Bundesverfassungsgerichtsurteil weiter zu Deutschland gehörenden deutschen Ostgebiete. [...] Er forderte keine Wiedergutmachung der Vertreibungsschäden, sondern überreichte einen 2-Millionen-Scheck für die Restaurierung des Warschauer Schlosses. [...] Er bekannte sich angesichts der nach 1945 im ehemaligen KZ-Lager Auschwitz errichteten Verbrennungsöfen wieder zur ‚untilgbaren Schuld und Aggression‘ der Deutschen und ebnete damit den Boden für weitere Millionen-Erpressungen [...].“<sup>49</sup>

Die kontrastive Analogie zwischen dem ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat und Helmut Schmidt ließ auf eine Vergleichbarkeit der Fälle schließen, die es in Wahrheit nie gegeben hatte, so verschieden waren jeweils die historischen Entstehungskontexte und geopolitischen Voraussetzungen. Die angebliche Redlichkeit des für die Existenzrechte der Palästinenser eintretenden Ägypters diente Schaffer als Vorwand, um die vermeintliche Niedertracht des westdeutschen Bundeskanzlers zu betonen, der sein Volk ungeachtet des Potsdamer Abkommens vom August 1945 – in dem die Oder-Neiße-Grenze nur provisorisch bis zur Unterzeichnung eines Friedensvertrags als ostdeutsche Grenze postuliert wurde – und des Bundesverfassungsgerichts-Urteils vom Juli 1973<sup>50</sup> „verriet“. Schaffer hielt Schmidt vor, im Namen der Wiedergutmachung das Schicksal der Vertriebenen zu „vergessen“ und die polnische „Kolonisierung“ deutschen Territoriums aus freien Stücken angenommen zu haben, jene sogar zu finanzieren und sich so zum Komplizen der von Polen betriebenen erinnerungspolitischen Erpressung der Deutschen zu machen. In diesem Zitat kamen alle Zutaten ihres revisionistischen Geschichtsnarrativs zusammen: Aufbauend auf antipolnischen und antisemitischen Ressentiments spielte sie das kommunistische Polen gegen Israel aus, ergänzte den Antizionismus – auf den die „unrechtmäßige“ Besetzung palästinensischen Landes durch Israel nach dem Sechstagekrieg von 1967 anspielte – gegen Ende des Zitats mit der den Holocaust leugnenden Bemerkung, dass die im Winter 1944 von der SS zerstörten Verbrennungsöfen in Auschwitz erst „nach“ 1945 errichtet worden seien. Ursula Schaffer brachte hier recht eindeutig die von ihr gern vertretene

<sup>49</sup> Ursula Schaffer, Ehre wem Ehre gebührt, in: DS, Nr. 1/1978, S. 6 (Hervorhebungen im Original).

<sup>50</sup> Durch die Unterzeichnung des Grundlagenvertrags (Dezember 1972), ein Meilenstein der Brandt'schen Ostpolitik, besiegelten die DDR und die Bundesrepublik ihre gegenseitige Anerkennung. Hinterher prüfte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil die Verfassungskonformität des Grundlagenvertrags und bestätigte, dass das Deutsche Reich nach 1945 *de jure* nie „untergegangen“ war, dass die Bundesrepublik als Staat mit „dem Staat ‚Deutsches Reich‘“ identisch, territorial gesehen aber nur „teilidentisch“ war und dass der deutsche Gesamtstaat beide Staaten umfasste. Die deutsche Wiedervereinigung galt weiterhin als Verfassungsgebot und wurde als prioritär zu erreichendes Ziel der Politik ausgewiesen. Vgl. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31. 7. 1973 zum Grundlagenvertrag zwischen der BRD und der DDR, 31. 7. 1973, Aktenzeichen: 2 BvF 1/73.



„Auschwitz-Lüge“ ins Spiel. Bestimmt war sie nicht die einzige Nationaldemokratin mit solch radikalen antisemitischen Ansichten, doch gehörte sie zu den wenigen, die sie offen vertraten,<sup>51</sup> denn bis zum Ende der 1970er-Jahre waren sowohl die Judenfrage als auch der Holocaust innerparteilich schlicht tabu. Ende Januar 1979, als Marvin Chomskys amerikanische Mini-Serie „Holocaust“ über den Massenmord an den europäischen Jüdinnen und Juden im westdeutschen Fernsehen ausgestrahlt wurde, änderte die NPD ihre Haltung schlagartig. Anstelle des Beschweigens trat nun die offensive Banalisierung des Holocausts. Am 17. Februar 1979, nur wenige Wochen nach der Ausstrahlung der vier Folgen, organisierte Marlene Erbers Münchener Verband eine „Holocaust-Aktion“, um gegen die „Volksverhetzung gegen Deutschland“ zu protestieren. Auf den zu diesem Anlass ausgeteilten Flugblättern stand geschrieben, dass

„gewisse Cliquen im In- und Ausland behaupten: Wir Deutschen seien eine ‚blutdürstende Meute‘ (so Israels Begin) und verantwortlich für nahezu alles Böse in der Welt. So wird in den USA der antideutsche Hetzfilm ‚Holocaust‘ hergestellt. Haben aber ausgerechnet die USA ein Recht, uns Deutsche moralisch zu verurteilen? US-Amerika führte unzählige dreckige Kriege, rottete die Indianer aus, versklavte Millionen Neger. US-Amerika ist verantwortlich für Bombenterror gegen Deutschland, Atombombe auf Japan, Napalm auf Vietnam. Haben die ein Recht, uns Deutsche anzuklagen?“<sup>52</sup>

Den Holocaust verharmloste die NPD, indem sie sein Ausmaß und seine historische Einzigartigkeit relativierte: Die deutschen Verbrechen seien nicht schlimmer als jene der Amerikaner, so müsse man aufhören, die „deutsche Schuld“ zum Zwecke politisch-moralischer bzw. finanzieller Erpressung zu funktionalisieren. Mittels dieses Tabubruchs und ihrer rhetorischen Radikalität hatte die Partei vergeblich versucht, sich in der öffentlich entflammten Kontroverse Gehör zu verschaffen. Von dem Zeithistoriker Frank Bösch als „medien- und erinnerungsgeschichtliche Zäsur“ eingestuft, entfaltete die Serie eine nachhaltige Wirkung auf das kollektive Bewusstsein und den Umgang der Westdeutschen mit der Judenvernichtung.<sup>53</sup> Als Zeichen dafür gilt nicht zuletzt, dass im gleichen Jahr auch der Deutsche Bundestag beschloss, die Verjährung für Mord bzw. für Völkermord gänzlich aufzuheben. Die nationalsozialistischen TäterInnen sollten somit bis zu ihrem Lebensende zur Rechenschaft gezogen werden können.

Indes etablierte sich bei den NationaldemokratInnen der antisemitische Relativismus als argumentatives Grundmotiv. Er richtete sich gegen die offizielle Geschichtsdeutung und den operferzentrierten erinnerungspolitischen Konsens, dem

<sup>51</sup> Einen Standpunkt, den sie auch 1994 in einem Interview noch vertrat: „Ich habe die Auschwitz-Lüge von vornherein nicht geglaubt. Ich halte es für völlig unmöglich, daß sich ein deutscher Mensch zu solchen Greuelaten hergibt. Der Russe ist als gewissermaßen primitiver und sadistisch veranlagter Mensch bekannt. Aber daß unsere deutsche SS durch die Bank so sadistisch sein sollte, das habe ich für unmöglich gehalten. Ich traue es den Deutschen einfach nicht zu.“ Tenner, Ehre, Blut und Mutterschaft, S. 58.

<sup>52</sup> Holocaust-Volksverhetzung gegen Deutschland, o. D. (Unterstreichungen im Original), in: AP-ABIZ, NPD-Interna, 3.1.

<sup>53</sup> Bösch, Film, NS-Vergangenheit und Geschichtswissenschaft, S. 1–32, hier S. 2.

vor allem in der Ära Kohl eine wachsende Bedeutung zukam. In den 1980er-Jahren, so schreibt es Andreas Wirsching, kehrte die Geschichte mit voller Wucht zurück. Davon zeugen etwa die zahlreichen der NS-Zeit gewidmeten Mahn- und Denkmale, Museen und Ausstellungen, die vielen schulischen Initiativen und Zeitzeugengespräche, die bundesweit mit Holocaustüberlebenden, mit Jüdinnen und Juden, ZwangsarbeiterInnen, Sinti und Roma geführt wurden und die man durchaus als Indizien für die zwar späte, dafür aber recht umfassende, von unten vollzogene erinnerungspolitische Aneignung und Ermächtigung der Westdeutschen betrachten kann.<sup>54</sup> Die NPD bewertete diese „Geschichtswelle“ hingegen als masochistische, dem „Triumph der Opfer“ anheimgefallene Erinnerungskultur, der sie ein nationalistisch-revisionistisches Opfernarrativ entgegensetzte. Ihren Schwerpunkt legte die Partei auf die NS-Täter, die sie zu „Helden“ des „Dritten Reichs“ bzw. zu „Märtyrern“ der Bundesrepublik stilisierte. Auch die Nationaldemokratinnen gaben sich der Verherrlichung verurteilter NS-Protagonisten hin. „Gegen das Vergessen“ begaben sich die bayerischen NPD-Frauen auf Initiative von Marlene Erber am 19. Dezember 1976 zum unweit der Landsberger Strafanstalt gelegenen Spöttinger Friedhof, um einen Kranz an den Gräbern „unrechtmäßig“ von den Alliierten hingerichteter Kriegsverbrecher niederzulegen.<sup>55</sup> Mit diesem als exkulpatorisch und rehabilitierend gedachten Akt des Gedenkens wollte Erber die Hingerichteten von ihren Verbrechen, Morden und Massakern läutern. Das Verbrechen, so schrieb es die „Deutsche Stimme“, läge nämlich auf der Seite der Alliierten und ihrer willkürlich durchgeführten, „mörderischen“ Siegerjustiz.<sup>56</sup>

Dieses die Opfer des Nationalsozialismus verhöhnende Gegengedächtnis, das auf „Organisation, Selektion und Tradierung eines eigenen Geschichtsbildes“<sup>57</sup> fußte, setzte die NPD propagandistisch ein, um die Generalamnestie zu fordern, vor allem aber auch um die Freilassung der in den Gefängnissen von „Gaeta, Breda und West-Berlin“<sup>58</sup> noch inhaftierten Männer zu erreichen. Ein besonderes Augenmerk richtete sie dabei auf den letzten verbliebenen Insassen des Spandauer Gefängnisses, Rudolf Heß, einer Schlüssel- und Kultfigur des rechtsextremen Nachkriegsgedächtnisses: Der „Stellvertreter des Führers“<sup>59</sup> diene ihr als Exempel

<sup>54</sup> Wirsching, Abschied, S. 470 f.

<sup>55</sup> NPD-Frauen an den Gräbern von Landsberg, in: DS, Nr. 1/1977, S. 6.

<sup>56</sup> DS, Nr. 2/1977, S. 3.

<sup>57</sup> Priester, Populismus und Rechtsextremismus, S. 63.

<sup>58</sup> Gemeint waren die im italienischen Gaeta festgehaltenen Kriegsverbrecher Herbert Kappler und Walter Reder, die im niederländischen Breda festgesetzten Franz Fischer, Ferdinand Hugo aus der Fünften, Joseph Kotalla und Willy Lages sowie der in Berlin-Spandau inhaftierte Rudolf Heß.

<sup>59</sup> Rudolf Heß, der seit 1920 NSDAP-Mitglied war, hatte 1923 am Hitler-Putsch teilgenommen und rückte im Nationalsozialismus in der politischen Rangordnung zur drittwichtigsten Persönlichkeit nach Hitler und Göring auf. 1941 begab er sich nach Großbritannien, um den Engländern ein Angebot zu unterbreiten: Im Austausch gegen den Frieden und die Zusage der territorialen Unversehrtheit Großbritanniens sollten die Engländer die deutsche Expansion auf dem Kontinent dulden. Doch wurde er festgenommen und 1946 vom Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg zu einer lebenslangen Haft verurteilt.

für die vermeintliche Rachsucht der Alliierten, die, wie sie behauptete, durch ihre Sühne- und Strafpraxis das besiegte Deutschland nach dem Krieg noch ein Stück weiter hatten erniedrigen wollen. Auch galt er ihr als Märtyrer, weil er „der Sache“ auch nach dem Niedergang des Regimes unbedingt treu geblieben war, weil er während seines Prozesses kühn – und unbelehrbar – verkündet hatte, er bereue nichts.<sup>60</sup> Bis zu seinem Tode 1987 veröffentlichte die DS Mobilisierungsaufrufe von AnhängerInnen wie Ingrid Röthke, der Berliner JN-Vorsitzenden, die als Aktivistin einer neonazistischen „Rudolf-Hess-Befreiungsgruppe“ seine Haftentlassung reklamierte.<sup>61</sup>

Überdies huldigte die NPD auch anderen, aus dem öffentlichen Gedächtnis ausgesparten „Helden“ und „Heldinnen“, den „Trümmerfrauen“<sup>62</sup> etwa oder den Überlebenden des „Bombenterrors“, ebenso der 1980 verstorbenen Vertrauten Hitlers Winifred Wagner sowie Ina Seidel, einer „Blut-und-Boden“-Lyrikerin, oder Karl Dönitz, dem letzten Staatsoberhaupt des „Dritten Reichs“. Ursula Schaffer wohnte am 6. Januar 1981 seiner Beisetzung im schleswig-holsteinischen Aumühle bei. Den Bekenntniswert, den sie dieser Ehrerbietung beimaß, verdeutlichte die folgende Darlegung in der DS:

„Das Rauschen des tiefverschneiten Waldes übertrug gleichnishaft die Grüße Bismarcks seinem würdigen späteren Nachfolger, der – so wie er selbst – sein Leben seinem Volke geweiht hatte, der getreu seinem Eid seinem obersten Kriegsherrn und seinem Volk die Treue hielt und sich trotz Schmähungen und unwürdiger Kerkerhaft mannhaft zu seinen Taten und seiner Gefolgschaft bekannte. Dieser Geist des Großadmirals übertrug sich auf die Gemeinschaft, die ihm das letzte Geleit gab und kam hörbar zum Ausdruck, als bei den Gedenksprachen das ehr- und würdelose Verhalten unserer Regierung angeprangert wurde, die dem Toten die letzte Ehrerbietung verweigerte. [...] Am tiefsten ergriffen haben mich die Kranzgrüße aus den einsamen Zellen von Spandau und aus Gaeta von Major Walter Reder, aber auch die bescheidenen Kränze und Gebinde ostpreußischer Familien, die damit ihren Dank für die Rettung vor dem Bolschewismus abstatteten.“<sup>63</sup>

In dieser kurzen Passage schilderte sie lediglich die „Heldentaten“ des Großadmirals Dönitz, der Anfang 1945 die Rettung von Hunderttausenden Vertriebenen und Flüchtlingen aus den von der Roten Armee eingekesselten Ostgebieten durch die Kriegsmarine über die Ostsee veranlasst hatte; doch sparte sie dabei bewusst seine Mitwisserschaft und Verantwortung sowie seine eigene Verstrickung in den Nationalsozialismus aus, die im Oktober 1946 in Nürnberg zu seiner Verurteilung geführt hatte. Die Heroisierung schob Schaffer als Vorwand vor, um auf das „einsame“ Schicksal von Rudolf Heß, Mithäftling von Dönitz bis 1956, aufmerksam zu machen und die Regierung Schmidt dafür zu geißeln, dass sie die „wahre“ deutsche Geschichte ignoriere. Zu Sinn und Wirkung dieser in der extremen Rechten geläufigen erinnerungspolitischen Praxis schreibt Karin Priester:

<sup>60</sup> Vgl. Kohlstruck, Fundamentaloppositionelle Geschichtspolitik; Vierkant, Märtyrer.

<sup>61</sup> Laßt Rudolf Hess frei!, in: DS, Nr. 2/1976, S. 1; Ingrid Röthke, Freiheit für Rudolf Hess, in: DS, Nr. 5/1979, S. 4; Rudolf Hess wird 90, in: DS, Nr. 4/1984, S. 3; Rudolf Hess ist frei – Rudolf Hess ist tot, in: DS, Nr. 9/1987, S. 1.

<sup>62</sup> Zu Mythos und Wirklichkeit der „Trümmerfrauen“ vgl. Treber, Mythos Trümmerfrauen.

<sup>63</sup> Ursula Schaffer, Die NPD nahm Abschied, in: DS, Nr. 2/1981, S. 4.

„Die kollektive Erinnerung an Freiheitshelden und ‚Märtyrer‘ der nationalen Sache stärkt das Bewusstsein der Zugehörigkeit zu einer Kampf-, Glaubens- und Schicksalsgemeinschaft und intensiviert die Wechselwirkung von Widerstand und Daseinssteigerung.“<sup>64</sup>

Mit dieser recht schamlosen Rehabilitierung der Täter zuungunsten der Opfer – auch der „deutschen Opfer“, der Bombenopfer, Vertriebenen, Witwen und Kriegsinvaliden, derer ab Ende der 1970er-Jahre nur noch am Rande gedacht wurde –, brach die NPD mit dem erinnerungspolitischen Konsens der Bundesrepublik. Mit ihren dramatisierten und verklärten Geschichtsinterpretationen verabsolutierte die Partei NS-Protagonisten zu rechtsextremistischen „Erinnerungsorten“. Dadurch legitimierte sie ihren NS-Götzenkult wider das bundesrepublikanische „Sühne-Gedächtnis“ und affirmierte ihre Fundamentalopposition zur Bonner Politik.<sup>65</sup> In diesem Kontext übernahmen NPD-Frauen wie Ursula Schaffer, Marlene Erber oder Ingrid Röthke eine aktive Rolle in der Ausgestaltung und Vermittlung der apologetischen Geschichts- und Erinnerungspolitik ihrer Partei. Sie trugen entscheidend zur identitären Neuausrichtung der Parteilinie bei, welche in dieser Periode einerseits – wie zuvor dargelegt wurde – auf einer reaktionär-restaurativen Geschichtsauslegung und Erinnerungskultur fußte, andererseits aber – wie im Folgenden gezeigt werden soll – auch eine ausgesprochen rassistische Gegenwartsdeutung propagierte.

### 2.3. Der Rassismus als Dreh- und Angelpunkt der Parteiideologie

Der oftmals für die Entwicklung der modernen Industriegesellschaften als Zäsur gedeutete Ölpreisschock von 1973 wirkte sich besonders stark auf das politische und gesellschaftliche Klima der Bundesrepublik aus. Er schärfte nicht nur das Bewusstsein für die „Grenzen des Wachstums“, wie sie das Expertennetzwerk Club of Rome kurz zuvor proklamiert hatte, auch zeugte er vom „Zusammenrücken des Planeten“ (Andreas Wirsching), d. h. von der wachsenden Verschränkung transnationaler Wirtschaftsinteressen und globaler Krisenerscheinungen. Mit der Ölpreiskrise entdeckten die Westdeutschen, dass die sich in fernöstlichen Ländern abspielenden Ereignisse auch sie etwas angingen und ihren Wohlstand gefährden konnten. Nach dem Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit markierte die Ära Schmidt einen wichtigen Wendepunkt: Die Weltwirtschaft rutschte in die Rezession ab, die Konjunktur erlahmte branchenübergreifend und traf Industrie und Gewerbe hart. Nach jahrzehntelanger Vollbeschäftigung stieg die Arbeitslosigkeit nun erstmals wieder an und betraf im Jahr 1975 immerhin 4,6% der Erwerbsbevölkerung.<sup>66</sup> Aus ihr erwuchsen auch ein diffuses Unbehagen, eine bedrängende

<sup>64</sup> Priester, Populismus und Rechtsextremismus, S. 66.

<sup>65</sup> Vgl. hierzu u. a. Kohlstruck, Völkische Geschichtsauffassung.

<sup>66</sup> Wolfrum, Demokratie, S. 337 f.

Furcht vor instabilen Verhältnissen und Armut, die sich in der westdeutschen Bevölkerung besonders an der „Ausländerfrage“ entlud.

In Anbetracht des wirtschaftlichen Abschwungs schien sich in der Bundesrepublik langsam die Meinung durchzusetzen, man könne und müsse nunmehr auf die „Gastarbeiter“, jene ausländischen, meist türkischstämmigen Arbeitskräfte, die bis dahin als unentbehrliche Triebkraft für die industrielle Fortentwicklung betrachtet worden waren, einfach verzichten. Den „Ausländern“, von denen es Ende der 1970er-Jahre bundesweit ca. 4,6 Millionen gab, schlug immer mehr Misstrauen entgegen; sie waren unerwünscht und wurden stigmatisiert,<sup>67</sup> weil sie den „Deutschen“ angeblich die Wohnungen, die Arbeitsplätze und die Sozialleistungen streitig machten: ein gesellschaftlich weit verbreiteter Ächtungsdiskurs, der Anfang der 1980er-Jahre im „Heidelberger Manifest“ gipfelte. Am 17. Juni 1981, dem Nationalfeiertag, veröffentlichten 15 Professoren einen auch von rechtsextremen Medien wie der DWZ oder „Nation Europa“ weiterverbreiteten Appell, in welchem sie das „Volk“ und die politischen Eliten zum Widerstand gegen die ausländische „Unterwanderung“ und „Überfremdung“ von Kultur, Sprache und „Volks-tum“ aufriefen.<sup>68</sup> Unter diesem bürgerlich-professoralen Gewand legitimierten sie erstmals die Benutzung von rassistischen, gar völkischen Argumenten und Denkkategorien in der öffentlichen Diskussion und verliehen mit ihrem „wissenschaftlichen“ Vorstoß einer in der Öffentlichkeit zu jener Zeit durchaus spürbaren xenophoben Grundstimmung Ausdruck.<sup>69</sup> Auch in der Politik schlug der Appell hohe Wellen. Die Regierungen und Parteien nahmen sich des kulturellen bzw. identitären Unbehagens der Westdeutschen an und setzten die „Ausländerfrage“ auf die politische Agenda. Direkt nach ihrer Amtsübernahme hatte bereits die Regierung Schmidt 1974 einen Anwerbestopp für ausländische Fachkräfte durchgesetzt, den Familiennachzug an verschärfte Bedingungen gekoppelt und den Betroffenen finanzielle Anreize für die freiwillige Rückkehr in ihre Herkunftsländer geboten. Dem unmissverständlichen Leitsatz folgend, dass Deutschland „kein Einwande-

<sup>67</sup> Dieser Diskurs wurde ebenfalls in der westdeutschen Presse transportiert. Vgl. Lehman, *Gendered Orientalism*.

<sup>68</sup> „Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums. [...] Das Übel an der Wurzel zu packen heißt, durch gezielte Entwicklungshilfe die Lebensbedingungen der Gastarbeiter in ihren Heimatländern zu verbessern – und nicht hier bei uns. Die Rückkehr der Ausländer in ihre angestammte Heimat wird für die Bundesrepublik Deutschland als eines der am dichtesten besiedelten Länder der Welt nicht nur gesellschaftliche, sondern auch ökologische Entlastung bringen.“ Vgl. Heidelberger Manifest, in: *Die Zeit*, 5. 2. 1982, <http://www.zeit.de/1982/06/heidelberger-manifest> (3. 2. 2017).

<sup>69</sup> Die vom Allensbacher Institut für Demoskopie durchgeführte Studie zum Verhältnis der Deutschen zu den „Ausländern“ bestätigte die xenophoben Tendenzen in Westdeutschland. Sie wurden in der Forschung mal als Wiederkehr des „autoritären Charakters“ (Erich Fromm), mal als Ergebnis von existentiellen Ängsten, sozialen Frustrationen oder „gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen“ (Wilhelm Heitmeyer) ausgelegt. Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach, *Zwischen Toleranz und Besorgnis*, und Thränhardt, *Ursprünge von Rassismus*.

rungsland“ sei, wurde ab 1982 unter dem neuen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) die Ausländer- und Asylpolitik der sozialliberalen Vorgänger noch verschärft und konkretisiert.<sup>70</sup>

Auch die NPD gedachte aus den gesellschaftlich festgesetzten Ressentiments gegenüber den Asylsuchenden, Flüchtlingen und MigrantInnen Kapital zu schlagen und rief im Vorfeld der Bundestagswahl von 1980 die Aktion „Ausländerstopp – Deutschland den Deutschen“ ins Leben, die sich innerhalb kürzester Zeit als Grundpfeiler der NPD-Propaganda etablierte und von nun an alle politischen Kampagnen der Partei bestimmen sollte. Die NPD entdeckte den politischen Rassismus für sich. Diese Schwerpunktverschiebung war es, die innerparteilich zu einem ideologischen Wandel führte: Der auf der Deutschlandpolitik beruhende Rückeroberungsnationalismus, der in den 1960er-Jahren ideologisch noch vorgeherrscht hatte, wurde allmählich durch einen identitär-kulturellen Nationalismus abgelöst, von dem sich die NationaldemokratInnen auch größere Wahlerfolge versprachen. So entstand am 26. Januar 1980 in Bochum-Wattenscheid die erste, von Hagen und Gabriele Prehl gegründete Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA), deren Ziel es war, durch Aktionen die Ausländerfeindlichkeit politisch und gesellschaftlich zu normalisieren. Mochten ihre Initiativen, etwa die, über einen Volksentscheid die Rückkehr von zugewanderten Arbeitskräften und deren Familien in ihr Herkunftsland (1980) zu erwirken, oder jene, die Trennung von „deutschen“ und „ausländischen“ Kindern in separaten Schulklassen (1982) zu erreichen, jedes Mal an der SPD-geführten Düsseldorfer Landesregierung scheitern, so war das erzeugte Medienecho dennoch beachtlich.<sup>71</sup> Andere Landesverbände schlossen sich der Prehl'schen BIA an, bevor der NPD-Vorstand beim Augsburger Bundesparteitag am 22. und 23. November 1980 den Entschluss fasste, sie ganz offiziell und auch finanziell zu unterstützen. In ganz Westdeutschland kam es daraufhin zu „Informationskampagnen“ und Plakataktionen, „Ausländerstopp“-Wahllisten wurden unter dem Namen der BIA zusammengestellt, um die ausländerfeindliche Idee noch weiter in die Öffentlichkeit zu transportieren. Am 7. März 1982 erhielt die „Kieler Liste für Ausländerbegrenzung“ 3,8% der Stimmen, in Hamburg hingegen fiel das Wahlergebnis der entsprechenden Liste weniger gut aus: Sie sammelte nur 0,7% der Stimmen ein.<sup>72</sup> Trotz schwankender Wahlergebnisse setzte dank der BIA in der NPD auch ein strategischer Erneuerungsprozess ein: Dadurch, dass sie nun auf Bürgerinitiativen und Ein-Thema-Wahllisten, beides innovative Mobilisierungsmodi in den 1970er- und 1980er-Jahren, setzte, konnte sie das Parteiimage modernisieren und sich als zeitgemäße Alternative zu den etablierten Parteien präsentieren. Sie suggerierte Bürgernähe und gab vor, sich für die Bedürfnisse und alltäglichen Sorgen der Einheimischen zu interessieren, doch forcierte und verste-

<sup>70</sup> Zur westdeutschen Ausländerpolitik von 1974 bis 1990 vgl. Herbert, *Geschichte der Ausländerpolitik*; zur Ära Kohl vgl. Wirsching, *Abschied*, S. 296–308.

<sup>71</sup> Dudek/Jaschke, *Rechtsextremismus*, S. 298–300.

<sup>72</sup> Ebenda, S. 299.

tigte sie lediglich die bereits vorhandenen xenophoben Ressentiments in der Bevölkerung.

1981 sammelten die NationaldemokratInnen mehr als 50 000 Unterschriften im Rahmen einer an die Bundesregierung gerichteten Petition, die neben dem „sofortige[n] Stopp der Flut der Scheinasylanten aus aller Welt“ und der „Ausweisung illegaler und krimineller Ausländer“ auch den „Erhalt der eigenständigen Kultur“ forderten. Zu den 50 ErstunterzeichnerInnen des „Aufrufs der Fünzigtausend: Ausländerstopp jetzt!“<sup>73</sup> zählte nur eine Frau: Wilhelmine Steffens, die „Immigrationsexpertin“ der Partei, die man in der NPD kraft ihres Amtes als Leiterin des Arbeitskreises „Ausländer- und Asylbewerberangelegenheiten“ mit der Ausformulierung der Anti-Migranten-Propaganda betraut hatte.<sup>74</sup> Die ideologische Weichenstellung hatte Günter Deckert im gleichen Jahr gelegt, indem er eine heute in der extremen Rechten als Klassiker des politischen Rassismus gefeierte Broschüre „Ausländer-Stopp, Handbuch gegen Überfremdung“ verfasst und veröffentlicht hatte.<sup>75</sup> Seine neurechten Gedanken flossen ebenfalls in das BIA-Presseorgan „Deutsche Zukunft“ ein. Im Zentrum des xenophoben Narrativs standen hier sowohl der Ethnopluralismus als auch der Kulturalismus, deren Definitionsmerkmale die Nationaldemokratin Elke Grothe im Vorwort der ersten Auflage mit folgenden metaphorischen und komplexitätsreduzierenden Worten zu umschreiben versuchte:

„Vielfalt und Gleichmacherei, das scheint mir heutzutage die Alternative zu sein. Dann bekenne ich mich doch lieber zur Vielfalt. Ich glaube, unsere Welt gleicht einem Mosaik. Was aus der Ferne wie eine Einheit aussieht, löst sich bei näherer Betrachtung in viele einzelne Mosaiksteine auf. [...] Ähnlich meine ich, ist es mit der Kultur der Menschheit. Jedes Volk trägt einen Mosaikstein zum Ganzen bei. Man kann die Steine nicht beliebig austauschen, ohne das Gesamtbild zu zerstören. Das Zusammenwürfeln unterschiedlicher Völkerschaften vernichtet das Kulturmosaik unserer Erde. Wenn alle Steine dieselbe Färbung haben, gibt es nur noch eine eintönige Fläche.“<sup>76</sup>

In diesem Zitat rechtfertigte Elke Grothe das von Henning Eichberg entwickelte ethnopluralistische Prinzip, wonach jedes Volk an sich, d. h. biologisch und kulturell, zwar „verschiedenartig“, jedoch „gleichwertig“ sei. So müsse die „Eigenart“ eines jeden Volkes in seiner „angestammten Heimat“ gewahrt werden. Der Ethnopluralismus, der wortwörtlich eine kulturelle und ethnische Vielfalt postulierte, schien auf den ersten Blick nicht rassistisch zu sein, lehnte er doch die Idee hege-

<sup>73</sup> Aufruf der Fünzigtausend: Ausländerstopp jetzt!, in: Digitale Datenbank des Hartmut-Meyer-Archivs.

<sup>74</sup> Wilhelmine Steffens hatte auch ihren Kreisverband in Soltau-Fallingb. Bstl. der BIA zugeführt. So schrieb sie in der DS: „Der KV beschloß, die Zusammenarbeit mit der BI Ausländerstopp weiter und noch stärker als bisher durchzuführen und vor allem die Unterschriftensammlung intensiv zu betreiben.“ Vgl. DS, Nr. 4/1982, S. 5.

<sup>75</sup> Deckert, Ausländer-Stopp.

<sup>76</sup> Elke Grothe, Liebe Leser der deutschen Zukunft, in: Deutsche Zukunft, Zeitschrift der Bürgerinitiative Ausländerstopp, Nr. 1/1981, S. 4. Die Zeitschrift wurde zwischen 1981 und 1988 herausgegeben. Die Höhe der Auflage ist unbekannt; einsehbar in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Acc. 147/92 Nr. 35.

monialer oder hierarchischer Verhältnisse von Völkern, Ethnien oder Menschen untereinander ab. Hinter der kulturalistischen Fassade, hinter dem „Mosaik“, wie es im Zitat bildhaft hieß, ist der Grundgedanke jedoch eindeutig derjenige einer rassistisch-xenophoben Segregation von Menschengruppen.<sup>77</sup> In dieser Logik bildete die Leugnung der Ausländerfeindlichkeit den rhetorischen Kern der BIA, die dadurch bestrebt war, den Rassismusbewertung zu entkräften.<sup>78</sup> Doch war der xenophobe Grundtenor offensichtlich.

Ergänzend zur „Deutschen Zukunft“ hatte auch die 1979 ins Leben gerufene „Nationaldemokratische Depesche“<sup>79</sup> allein die Funktion, sämtliche in Westdeutschland lebenden „Fremden“, alle orientalisch, arabisch oder asiatisch anmutenden Bevölkerungsgruppen, „Gastarbeiter“ und AsylbewerberInnen zu verunglimpfen. Die darin publizierten Texte strotzten nur so vor Grobheit und Übertreibungen, von dramatisierenden Darstellungen der in Deutschland vermeintlich schon herrschenden „Überfremdung“. Zur Sinnstiftung bedienten sie sich einer stark plakativen und emotionalisierten, von kriegesischen, klimatischen oder tierischen Metaphern förmlich überquellenden Sprache. Lapidare Titel wie „Hunderttausendfache Ausländerflut“, „Die Springflut steigt“, „10 Millionen Türken sind im Anmarsch“, „Ausländerinvasion – Todesstoß für Berlin?“, „Wer ist Schuld am Saustall?“, „Mörderische ‚Gastarbeiter‘-Politik“, „Bis zu 600% Steigerung krimineller Aktivität“ oder „Hotels für Asylanten“, allesamt aus einer einzigen Ausgabe stammend,<sup>80</sup> illustrierten eindringlich, wie undifferenziert und barsch die NPD den Leser zum rassistischen Hass anstachelte. Derart grobklotzig und hämmernd rechtfertigte sie ihr Entstehen für ein „deutsches Deutschland“ gegen die als kulturelle „Katastrophe“ gedeutete multikulturelle Gesellschaft. Besonders scharf ging sie mit dem politischen Establishment ins Gericht, das sie für die oben beschriebenen Zustände verantwortlich machte: Seine Integrationspolitik sei es, die unweigerlich zur verhängnisvollen Entfremdung der Deutschen, umso mehr aber auch der „Fremden“ selber führe. Denn die „Einschmelzung“ mit den „Deutschen“ ziehe eine „Zwangsgermanisierung“<sup>81</sup> nach sich, die jene „Ausländer“ ihrer „nationalen und kulturellen Identität“ beraube.<sup>82</sup>

Die zynische Viktimisierung der „eingedeutschten Ausländer“ war eines der kulturalistischen Argumentationsmuster der NationaldemokratInnen. Weitaus häufi-

<sup>77</sup> Zur Definition von Ethnopluralismus vgl. Botsch, *Die extreme Rechte*, S. 86 f.

<sup>78</sup> „Die BI ‚Ausländerstopp‘ betont, daß sie keineswegs ausländerfeindlich ist. Sie meint, daß durch den weiteren Zustrom fremder Menschen die gemeinschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Folgen des Ausländerproblems so anwachsen, daß sowohl die Deutschen als auch die Ausländer Schaden nehmen.“ *Deutsche Zukunft*, Nr. 1/1981, S. 11.

<sup>79</sup> Die monatlich in sehr begrenzter Auflage erscheinende und recht kurzlebige Broschüre wurde ursprünglich unter dem Namen „Nationaldemokratische Propaganda-Depesche“ herausgegeben und im März 1980 in „Nationaldemokratische Depesche“ (NP-D) umgetauft. In: Nds. HStA/NLA, VVP Acc. 147/92 Nr. 33.

<sup>80</sup> Vgl. NP-D, Nr. 3/1980, S. 4–8.

<sup>81</sup> NS-Methoden in München – Zwangsgermanisierung, Integrationssucht in Kindergärten, in: DS, Nr. 5/1981, S. 3.

<sup>82</sup> NPD-Grundsatzserklärung zum Ausländerproblem, in: NP-D, Nr. 5/1979, S. 4.



ger aber wurden sie dank systematischem *Othering* dämonisiert, kriminalisiert, pathologisiert und als allumfassende Bedrohung gebrandmarkt: für die soziale Ordnung, die „Volks-gesundheit“, die Arbeitsplätze, das demographische Gleichgewicht, aber vor allem auch für die deutschen Frauen. „Rasse“, Klasse und Geschlecht – auf diesen drei miteinander verknüpften Kategorien gründete der identitäre Diskurs, den die Partei sowie die Prehl'sche BIA in den 1980er-Jahren verbreiteten. Sie ethnisierten soziale Probleme, spielten deutsche Arbeitslose gegen eingewanderte Arbeitskräfte aus und beschuldigten Letztere, „deutsche“ Arbeitsplätze zu stehlen. Daraus leiteten sie die Forderungen ab, alle Ausländer aus dem Sozial- und Rentensystem auszuschließen, deren Anspruch auf Sozialhilfe und Familiennachzug zu streichen und sie schnellstmöglich aus Westdeutschland abzuschieben.<sup>83</sup> Außerdem ethnisierten sie den Sexismus, etwa indem sie argumentierten, dass die Geburtenrate in Familien mit Migrationshintergrund, vornehmlich bei türkischen oder muslimischen Frauen, sehr viel höher sei als in den „deutschen“ Familien, dass das „deutsche Volk“ demnach an der mangelnden Gebärfreudigkeit der Deutschen zugrunde gehe.<sup>84</sup> Genauso stigmatisiert wurden die deutschen Frauen, die mit Nicht-Deutschen zwecks „Einbürgerungsbetrug“ eine (Schein-)Ehe eingingen. Sie wurden von der NPD-Propaganda entweder verdinglicht – „Türke kauft sich deutsche Ehefrau“<sup>85</sup> – oder salopp als „Tauschein-Huren“ sexualisiert und diffamiert.<sup>86</sup>

Allgemein betrachtet, erreichte die Anti-MigrantInnen-Kampagne weniger Breitenwirkung als von der NPD erhofft. Dass die westdeutsche Bevölkerung durchaus empfänglich für einen solchen Diskurs war, zeigt der normal gewordene Rückgriff auf stark konnotierte Begrifflichkeiten wie „Scheinasylant“ oder „Asylbetrüger“ in der öffentlichen und politischen Debatte der 1980er-Jahre.<sup>87</sup> Doch gehörte die „Ausländerpolitik“ immer noch zum Hoheitsgebiet der konservativen Parteien CDU und CSU, die sie zum thematischen Stützpfeiler der von ihr versprochenen „geistig-moralischen Wende“ gemacht hatten. Da diese vielbeschworene „Wende“ jedoch auf sich warten ließ, wandten sich die enttäuschten Wähler in zunehmendem Maße den Parteien rechts des bürgerlichen Lagers zu: Neben den REP konnte auch die NPD von dem Protestwahlverhalten vieler Westdeutscher profitieren.<sup>88</sup>

Die Nationaldemokratinnen unterstützten mal diskret, mal sehr aktiv die ideologische Neuausrichtung der NPD. Einige Vertreterinnen beförderten den Über-

<sup>83</sup> Ausländische Arbeiter in Deutschland, in: NP-D, Nr. 3/1980, S. 19.

<sup>84</sup> Sterbendes Volk?, in: DS, Nr. 11/1980, S. 3.

<sup>85</sup> DS, Nr. 5/1981, S. 1.

<sup>86</sup> Vgl. Tauschein-Huren, in: DS, Nr. 11/1981, S. 4; Einreise-stopp für Gastarbeiterfrauen und -kinder!, in: DS, Nr. 11/1981, S. 8; Mitbürgerinnen?, in: DS, Nr. 11/1983, S. 3.

<sup>87</sup> Zur Begrifflichkeit des „Scheinasylanten“ in den 1980er-Jahren vgl. Bade, Europa in Bewegung, S. 379 f.

<sup>88</sup> Die besten Ergebnisse erhielt die NPD gegen Ende des Jahrzehnts, etwa bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg (2,1%) am 20. März 1988 oder in Schleswig-Holstein (1,2%) am 8. Mai 1988 sowie bei den hessischen Kommunalwahlen am 12. März 1989, bei denen die NPD u. a. in Frankfurt nach einer virulent xenophoben Kampagne ein für sie beachtliches Wahlergebnis (6,6%) einfahren konnte.

gang zum identitär-kulturalistischen Nationalismus durch ihre geschichtsrevisio-nistischen Bestrebungen (Ursula Schaffer) oder ihre rassistische Propaganda (Wilhelmine Steffens, Gabriele Prehl). Darüber hinaus genoss noch ein dritter Themenkomplex die prononcierte Aufmerksamkeit der NPD-Frauen: die Frauen-politik. Mit familialistischem Rüstzeug sagten sie dem politischen Feminismus, den sie als Vorreiter des „dekadenten“ westdeutschen Staates identifizierten, den Kampf an. Auf diesem frauenpolitischen Felde trugen sie in bevorzugter Weise ihren nationalistischen Kampf gegen das Bonner Establishment aus.

### **3. Frauen, Mütter, Familien und ihre Umwelt: die reaktionäre Frauenpolitik der NPD**

#### **3.1. Maternalismus und Antifeminismus als Kernstücke der NPD-Frauenpolitik**

Keine andere Phase der Nachkriegsgeschichte war derart geprägt von der Verän-derung der Geschlechterverhältnisse wie die 1970er- und 1980er-Jahre, in denen der staatstragende Familialismus und das Leitbild der Hausfrauenehe gesellschaft-lich in Frage gestellt und aufgeweicht wurden. Durch den Erneuerungswillen der „68er-Generation“ beschleunigt, kamen in diesen Jahrzehnten sozialkulturelle Transformationsprozesse zum Tragen, die schon Anfang der 1960er-Jahre einge-setzt hatten. Begünstigt wurden sie zudem durch den politischen Modernisie-rungsimpuls der Regierungen Brandt und Schmidt. Nach monatelangen Beraten-gen und Verhandlungen mit Gewerkschaften und Frauenorganisationen kam es im Sommer 1977 zu einer umfassenden Ehe- und Familienrechtsreform. Im Ge-gensatz zum ursprünglichen „Gleichberechtigungsgesetz“ von 1958, das die tradi-tionelle Geschlechterordnung und das ihr zugrunde liegende Ernährermodell re-gelrecht zementiert hatte, sah die sozialliberale Novellierung ein paritätisches Ehemodell vor, wonach verheiratete Männer und Frauen nun gleichermaßen für Haushalt und Familien aufzukommen hatten und unabhängig voneinander ent-scheiden konnten, ob und wie sie arbeiten wollten. Ergänzend wurde 1979 auch ein viermonatiger, staatlich finanzierter Mutterschaftsurlaub eingeführt; ab 1986, unter Kohl, wurde dann zusätzlich noch ein zehnmonatiges Erziehungsgeld an die Mütter oder Väter, unabhängig von deren Erwerbsarbeit, ausbezahlt.<sup>89</sup> Durch die-se Reformen wurde die weibliche Erwerbstätigkeit rechtlich normalisiert und auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert; besonders neu war allerdings für die Frauen, dass sie ihre eigene Lebensplanung und -gestaltung fortan selbst übernehmen durften. Dank des Bildungsaufschwungs drangen darüber hinaus auch besser ausgebildete und qualifizierte Frauen auf den Arbeitsmarkt. Entspre-chend stieg ihre Erwerbstätigkeit innerhalb von ca. 15 Jahren von 50,6% (1974)

<sup>89</sup> Einleitung, in: Helwig (Hrsg.), Frauen in Deutschland, S. 18.

auf 58% (1990) an.<sup>90</sup> Zu guter Letzt erlaubten die generalisierte Geburtenkontrolle sowie die heftig umkämpfte und von den SPD/FDP-Bundestagsabgeordneten 1976 endgültig durchgesetzte Liberalisierung des Abtreibungsrechts vielen Frauen, sich physisch, d. h. materiell, körperlich und sexuell vom sozialen Status freizumachen, der zuvor ihr Leben bestimmt hatte. Individualisierung und Pluralisierung von Lebensformen führten bei Frauen zu einer „Entstandardisierung des Lebenslaufs“, deren Faktoren Andreas Wirsching wie folgt zusammenfasst:

„Alle seit dem Beginn der siebziger Jahre zu beobachtenden Entwicklungen tendierten dazu, die Zentralinstanzen Ehe, Familie, Kinder als biographische Standardnorm zu relativieren. Materielle, rechtliche und mentale Prozesse verschränkten sich mit einer erstaunlichen Veränderungsdynamik des Verhaltens. Der ausgebaute Sozialstaat versprach zumindest potentiell nicht wenige Funktionen der Familie zu übernehmen; das liberalisierte Ehescheidungsrecht vergrößerte die individuellen Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten, und die neuen Methoden der Empfängnisverhütung entkoppelten die Sexualität endgültig von ihrer Reproduktionsfunktion.“<sup>91</sup>

Die Großfamilie wurde allmählich durch alternative Familienkonstellationen abgelöst. In den 1980er-Jahren bestanden zwei Drittel der Haushalte nur noch aus ein oder zwei Personen; die Zahl der unverheirateten Lebenspartnerschaften, der kinderlosen Paare und Einelternfamilien nahm stark zu. Auswirkungen hatte diese Entwicklung freilich auf die Geburtenrate (die nun sank) und die Scheidungsrate (die fortan stieg), doch markierte die Ausdifferenzierung der familiären Normen und Praktiken vor allem einen tiefgründigen Mentalitätenwechsel. Langsam war die traditionelle Geschlechterordnung obsolet geworden, oder anders ausgedrückt: Für die meisten Frauen hatte sie ihren identitätsstiftenden Selbstzweck verloren.<sup>92</sup>

Dieser Wertewandel war für die NPD als Befürworterin althergebrachter Konventionen, Sitten und Traditionen nicht hinnehmbar; er sollte durch den antimodernistischen Kampf gegen die „liberalistischen spätmarxistischen Experimente, die [...] kinderfeindlich und familienzerstörend sind“, zurückgeschraubt werden.<sup>93</sup> In der Schlacht gegen den sozialliberalen Zeitgeist profilierte sich Anfang der 1970er-Jahre besonders die nationaldemokratische Lebensschutzaktivistin und fünffache Mutter Martha Kruse, die ihre Lebensaufgabe darin sah, die Familie und das Volk gegen die „immer mehr zersetzend wirkenden Angriffe der falschen Weltverbesserer“ zu schützen. Die „Natur“ verlange es, so das von ihr beim hessischen Frauenkongress in Grünberg 1973 formulierte Argument:

„Die Familie ist, solange es überhaupt noch irgend eine Art von Familie gibt, Raum der persönlichen Entfaltung, Mittlerin kulturellen Lebens und genetischer Anlagen. Diese ihr von der Natur auferlegte Rolle kann sie weder abtreten noch verleugnen. Es liegt in der Naturanlage der Familie,

<sup>90</sup> Erwähnenswert ist dennoch, dass Frauen weiterhin vor allem in Teilzeit und auf unterqualifizierten Stellen beschäftigt waren. Der Staat unterließ es auch, das Betreuungsangebot für Kinder konsequent auszudehnen, was die Erwerbsarbeit von Frauen weiterhin stark beeinträchtigte. Vgl. Wirsching, Abschied, S. 319.

<sup>91</sup> Ebenda, S. 321.

<sup>92</sup> Ebenda, S. 324. Vgl. Nave-Herz, Wandel und Kontinuität.

<sup>93</sup> Ein im Vorfeld der Hessenwahl von 1978 ausgeteiltes NPD-Flugblatt. In: APABIZ, NPD-Inter-  
na, 3.6.

sie zu leben. Aus diesem Grunde besteht an der Unentbehrlichkeit der Familie, zur Erhaltung der Gemeinschaft, überhaupt kein Zweifel.“<sup>94</sup>

In diesem Zitat machte sie sich lediglich die familialistischen Grundsätze des im gleichen Jahr verabschiedeten Düsseldorfer Programms zu eigen. Darin wurde die Familie „als biologische und kulturelle Grundgemeinschaft“, als „Lebenszelle von Volk und Staat“ ausgegeben.<sup>95</sup> Die Zukunft der Nation könne, so das Parteiprogramm, nur gesichert werden, wenn die junge (weibliche) Generation auf ihre kommende „Verantwortung“ vorbereitet werde. Deswegen schlug es vor, in der schulischen Ausbildung das Fach „Familienkunde“ einzuführen und für junge Frauen parallel zum männlichen Wehrdienst ein Ausbildungsjahr „im Haushalt, im sozialen Bereich, im inneren Entwicklungsdienst oder im Gesundheitswesen“ zu schaffen, um jene „besser als bisher auf ihre Aufgabe als Hausfrau und Mutter vorzubereiten“.<sup>96</sup> Auch Martha Kruse vertrat die Auffassung, dass ein solches Ausbildungsprogramm dem Erwerb von ‚mütterlichen Schlüsselkompetenzen‘ für die Haushaltsführung, die Mutterschaft, die Kinderbetreuung und die „seelische, körperliche und geistige“ Gesundheitsvorsorge von Kindern förderlich sei. Außerdem würde sich bei der Rückkehr der Mütter in den Familienbereich das Weiterbestehen von Kinderbetreuungsstätten erübrigen. So ließen sich zudem öffentliche Gelder sparen, meinte sie.<sup>97</sup> Hinter der ökonomischen Begründung verbarg sich in Wirklichkeit ein deutliches Misstrauen gegenüber allen staatlich geförderten Einrichtungen, den Kindergärten und Schulen und insbesondere den als linke, antiautoritäre „Umerzieher“ verunglimpften Lehrenden, deren oberstes Ziel es sei, Kinder und Jugendliche systematisch auf Abwege zu bringen. Der pädagogische Freisinn habe unweigerlich zur Verrohung der Jugend geführt. Messbare Effekte dieser Entwicklung seien die angeblich gesteigerte Frühsexualisierung sowie die Zunahme der Kriminalität, der Arbeitsverweigerung sowie des Drogen- und Alkoholkonsums bei jungen Menschen.<sup>98</sup>

Der NPD zufolge obliege es den Müttern, diese Tendenz umzukehren. Durch ihren Egoismus und ihre Wohlstandssucht trügen sie die Schuld an der Verwahrlosung ihrer Kinder und ihres Volks. Sinnesgemäß diene das Topos der mütterlichen Hausfrau einem doppelten nationalistischen Zweck: Zum einen erfülle die Hausfrau die von der Natur ihr auferlegte „heroische“ und würdevolle Mission, Kinder zu gebären und aufzuziehen, was die DS zu dem pathetischen Kommentar veranlasste, dass „eine Frau, die ihren Kinderwagen vor sich herschiebt, [...] das

<sup>94</sup> Martha Kruse, Familie – Tradition oder Fortschritt, in: NPD, Frauen im Hessischen Landesverband der NPD, Oktober 1973, o. S., in: APABIZ, NPD-Interna, 3.4.

<sup>95</sup> NPD, Programm, 1973.

<sup>96</sup> Ebenda.

<sup>97</sup> Martha Kruse, Die Familie in der Zerreißprobe, in: Nation Europa, Nr. 12/1974, S. 19–24, hier S. 23.

<sup>98</sup> Vgl. bspw. Sexualerziehung in der Schule, in: DS, Nr. 5/1977, S. 8; Deutscher Jugenddienst, in: DS, Nr. 8/1977, S. 8; Kampf dem Sex-Terror, in: DS, Nr. 10/1977, S. 5; Sexualekunde als Persönlichkeitszerstörung, in: DS, Nr. 3/1978, S. 4; „Emanzipatorische“ Pädagogik, in: DS, Nr. 11/1985, S. 5.

Recht hat, zum Sieger von Sedan und zum Dichter des Faust zu sagen: „Bitte gehen Sie mir aus dem Weg.“<sup>99</sup> Zum anderen halte sie ihre Kinder vom „unheilvollen“ Establishment fern. Mutter zu sein, bedeutete für die NationaldemokratInnen demnach, sich den Modernisierungsprozessen, den gewandelten Lebensformen und Geschlechterverhältnissen zu verweigern, also, wie Marlene Erber es 1974 erklärte, in den „Widerstand“ zu treten:

„WEHRT EUCH gegen die physische und psychische Zerstörung der Gesundheit unserer Kinder

WEHRT EUCH gegen die zunehmende geistige Umweltverschmutzung

WEHRT EUCH gegen die Verplanung und systematische Verdummung unserer Jugend und den Abbau des Leistungsprinzips. Setzt euch ein für den Schutz des Lebens und der Familie und für eine gerechte Zukunft unserer Kinder

Nur ein geistig und körperlich gesundes Volk vermag zu überleben.“<sup>100</sup>

Dieser Widerstand sollte Erber zufolge vom privaten und geschützten häuslichen Raum aus geleistet werden. Ein Kind könne sich nur in der Familie, in der wohlthuenden Nähe der Mutter, des Vaters und der Geschwister normal und „gesund“ entwickeln. Deswegen dürfe die Mutter sich nicht aus „ökonomischen Gründen“ genötigt sehen, auf ihr „Erziehungsrecht“ verzichten zu müssen.<sup>101</sup> Den Frauen direkt die Erwerbsarbeit zu verbieten – den Schritt wollte man in der NPD nicht gehen. Viel eher ging es ihr darum, die auf den Hausfrauen lastenden „Diskriminierungen“ zu beseitigen, d. h. deren Berufung als vollwertigen Beruf anzuerkennen und dabei ihr „Opfer“ symbolisch und finanziell aufzuwerten. Im Kontext der öffentlichen Diskussion zur Ehrechtsreform arbeitete der NPD-Ausschuss für Familie, Gesundheit und Schutz des Lebens unter der Leitung von Marlene Erber im Juli 1976 einen Maßnahmenkatalog aus, der die Einführung eines Mutterchaftsgeldes, die Aufstockung der Witwenrente und die steuerrechtliche Anerkennung des „Kleinbetriebes Haushalt“ vorsah.<sup>102</sup> Durch die einseitige Fokussierung auf den Familienbereich, auf den sie die Prinzipien der Arbeitswelt übertrug, vermied die NPD es, die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern im Beruf zu thematisieren. Vielmehr spielte sie die Lebensentwürfe von Frauen gegeneinander aus, denn die einzige Gleichberechtigung, die es ihr zufolge zu bewerkstelligen galt, war nicht die zwischen den Geschlechtern, sondern jene zwischen Hausfrauen und erwerbstätigen Frauen.

Die „wahre Emanzipation“ der Frau verortete die Partei demnach im häuslichen Bereich.<sup>103</sup> So rechtfertigte sie die antifeministische Umdeutung der Kernforde-

<sup>99</sup> Frauenwürde, in: DS, Nr. 9/1978, S. 8.

<sup>100</sup> Marlene Erber, Flugblatt zur NPD-Veranstaltung vom 20. 9. 1974, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Acc 147/92 Nr. 4.

<sup>101</sup> NPD, Programm, 1973.

<sup>102</sup> Entschließung des Arbeitskreises für Familie, Gesundheit und Schutz des Lebens der NPD, 22. 7. 1976, in: Nds. HStA/NLA, VVP 39 Acc 147/92 Nr. 4.

<sup>103</sup> „Schluß mit übertriebener Emanzipation und echte Gleichberechtigung der Frau in Familie und Beruf unter Berücksichtigung ihrer Würde als Mutter und Hausfrau“. Im Vorfeld der Hesenwahl vom 8. 10. 1978 ausgeteiltes Flugblatt der NPD, o. D., APABIZ, NPD-Interna, 3.6.

rung der Autonomen Frauenbewegung. Entsprechend konnte man 1977 in einer nationaldemokratischen Schrift über Gabriele Prehl lesen: „Der militanten antiweiblichen Frauenbewegung setzt Frau Prehl die gleichberechtigte Frau entgegen, die sich ihrer Rolle bewußt ist und die gesunde Kleinzelle Familie organisiert.“<sup>104</sup> Die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern konnte es nur geben, wenn man die Differenz und die „natürliche“ Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen bzw. die Trennung von der männlichen Produktions- und der weiblichen Reproduktionssphäre unangetastet ließ. So fungierte der nationalistische Maternalismus als ideologischer Stützpfeiler für die NationaldemokratInnen, die sich als Bollwerk gegen jegliche Liberalisierung oder Feminisierung und allgemein gegen alle „zersetzenden“ Modernisierungserscheinungen innerhalb der westdeutschen Gesellschaft stilisierten. Die sozialliberale Ehe- und Familienrechtsreform von 1976/77 brandmarkte die NPD als „verlogene Gleichberechtigung“ und als „anarchistisches“ Projekt:

„Greift man das Schlagwort ‚Gleichberechtigung der Frau‘ heraus, das zur Begründung zur Umgestaltung des Scheidungsrechts verwendet wurde, so hat man schon ein Stück unbewältigte Verlogenheit in der Hand. [...] Setzt man der gewachsenen Ordnung bei uns entgegen, daß die Frau heute in der sogenannten DDR als Werftarbeiterin im Drillich ‚gleichberechtigt‘ den Rost von den Schiffen abschlagen oder abstrahlen darf oder in Illustrierten, Filmen und Sex-Läden der Bundesrepublik Deutschland als Lustobjekt öffentlich ausgestellt und angepriesen wird, abgesichert durch ein mißhandeltes Recht auf freie Meinungsäußerung, gewinnt man einen ersten Eindruck von der Ungeheuerlichkeit, mit der wir es auf diesem Gebiet zu tun haben. [...] Eine Gesetzgebung, die Mann und Frau als geschlechtslose Wesen behandelt und das als Gleichberechtigung anpreist, ist selbst ein Teil der Anarchie, die sie zu bekämpfen vorgibt.“<sup>105</sup>

Die „Ungeheuerlichkeit“ jener modernen Geschlechterordnung, die in der DDR geschlechtslose Wesen erschaffe und in der Bundesrepublik Frauen hypersexualisiere, diente der NPD als abschreckendes Beispiel für die um sich greifende hedonistisch-individualistische Kulturrevolution in Deutschland. So deutete sie die Geschlechtergleichheit als geschlechtsentfremdendes Projekt. Wie „gefährlich“ das Prinzip war, bezeugten ihr zufolge schon die zeitgenössische „linke“ Frauenbewegung und alle von ihr als „fingernägelkauende Politlesben“<sup>106</sup> bzw. als Anti-Frauen diffamierten Feministinnen. Insbesondere Alice Schwarzer, eine beliebte Zielscheibe des konservativen Hohns und Spotts, war ihr zuwider: Sie verhöhnte sie auf grobe Art und Weise als „Miß Hängebusen“ und machte sie zum Inbegriff einer verquerten Welt. Ihre extravagante Art, ihr unnachgiebiger, autoritärer und „männlich“ anmutender Charakter wurden als Beweis für ihre mangelnde Weiblichkeit vorgeführt.<sup>107</sup> Die von ihr und anderen Feministinnen geforderte Gleichheit konnte nur auf eine dekadente und „unreine“ Geschlechtermischung in Gestalt von männlichen Frauen und „verweiblichten“ Männern hinauslaufen. Denn auch alternative Männlichkeitskonzepte prangerte die NPD an:

<sup>104</sup> „Frauen für Deutschland“ – Gabriele Prehl in Köln, in: Vogel (Hrsg.), Nationaldemokraten informieren, o. S.

<sup>105</sup> Im Namen des Volkes ..., in: DS, Nr. 7/1977, S. 7.

<sup>106</sup> DS, Nr. 7/1976, S. 7.

<sup>107</sup> Die rasende Emma, in: DS, Nr. 1/1980, S. 8.

„Er hat Geschirrabwaschen gelernt und die Herstellung von Eierspeis. Wenn er einmal bügelt, kommen uns schon die Tränen der Rührung. Seine Brust ist unbehaart und wir streichen über seinen Rücken, als ob er ein Mädchen wäre. Wir, das sind Frauen und Homosexuelle. Er, das ist der Softie. Wir treffen ihn im Umfeld der Alternativszene, der Frauenbewegung, den Kulturzentren. Unter normal Sterblichen verkehrt er nicht, denn die würden ihn durchschauen: als arbeits-scheuen Blender, als Ausbeuter, Peitscherlbuben und Gigolo. Wir erleben ihn als ‚Neuen Mann‘, als den Progressiven, den Gesellschaftskritiker, den Ideologen.“<sup>108</sup>

Durch die Verunglimpfung des „sentimentalen“, in der nationaldemokratischen Vorstellungswelt als homosexuell und feministisch identifizierten Anti-Mannes affirmierte die NPD das Prinzip der klassisch hegemonialen, virilen und heterosexuellen Männlichkeit. Dieser antifeministische Diskurs diente ihrer Profilierungstaktik, doch war sie in der Ära Schmidt nicht die einzige Partei, die eine solch konservative Frauen-, Geschlechter- und Familienpolitik propagierte. In der Opposition argumentierten die ChristdemokratInnen ähnlich: Im Namen der Nichtdiskriminierung der Hausfrauen bekämpften auch sie die „Legalisierung“ der Scheidung und das Prinzip der ehelichen Gleichheit. Die Bewahrung der traditionellen Geschlechterordnung gehörte zum antifeministischen Grundkonsens der Konservativen.<sup>109</sup> In Anbetracht scheinbar unumkehrbarer Entwicklungstrends modernisierte die CDU Anfang der 1980er-Jahre jedoch ihre Familienpolitik. Sie schrieb die von der sozialliberalen Koalition verabschiedeten Maßnahmen zur Unterstützung von erwerbstätigen Frauen fort. Das bezeugt u. a. das Bundeserziehungsgeldgesetz (1986), welches nur auf Kosten einer beachtlichen finanzpolitischen Anstrengung und einer direkten Konfrontation mit der CSU erreicht werden konnte. Die Bundesregierung beschloss, die Familien stark zu subventionieren, zugleich aber auch die weibliche Erwerbstätigkeit zu fördern. Das Erziehungsgeld wurde nun zwölf Monate lang nach der Geburt des Kindes ausgezahlt, und die Mütter wurden vor einer etwaigen Entlassung während ihres Erziehungsurlaubs geschützt. Mithin etablierte die christlich-liberale Regierung die rechtliche Gleichstellung hinsichtlich der Produktions- und Reproduktionsarbeit von Frauen.<sup>110</sup>

Obleich die NPD in ihrem Programm von 1987 den Frauen und Müttern eine Beschäftigung in Teilzeit zu konzedieren bereit war, so blieb die Partei der patriarchalen Ordnung und ihrem differentialistischen Prinzip durch und durch treu. Davon ausgehend, dass „Mann und Frau [...] unterschiedliche, jedoch gleichwertige Aufgaben“<sup>111</sup> zukämen, verabsolutierte sie die Hausfrau als genuin weibliches Lebensmodell. Ihre Frauenpolitik fokussierte die NPD vollends auf das Kind, die Mutter und die Familie und ordnete demnach die Frauen dem privat-häuslichen Bereich zu. Das weibliche Bewusstsein, das sich im Laufe der 1960er-Jahre bei manchen Nationaldemokratinnen im emanzipativen Sinne einer Erringung von Rechten herausgebildet hatte, schien in den 1970er- und 1980er-Jahren vollends durch ein einseitig mütterliches Bewusstsein ersetzt worden zu sein. Durch ihren

<sup>108</sup> Softie – das neue Männerbild, in: DS, Nr. 1/1981, S. 2.

<sup>109</sup> Helwig, Frauen in Deutschland, S. 18.

<sup>110</sup> Wirsching, Abschied, S. 344–349.

<sup>111</sup> NPD, Programm, 1987 (Unterstreichung im Original).

innerparteilich unwidersprochenen erzkonservativen Maternalismus füllte die NPD das politische Vakuum aus, das die christlich-liberale Regierung nach ihrer Amtsübernahme rechts von der Union gelassen hatte. Dadurch, dass die extrem rechte Partei so mit dem gesellschaftlichen *Mainstream* brach und auf einen politischen *Rollback* hinwirkte, wurde sie willentlich reaktionär. Dies zeigte sich ebenfalls in ihrer Lebensschutz- und Umweltpolitik.

### 3.2. Der Lebens- und Umweltschutz: die NPD als bio-ökologische Partei

In einer sehr medienwirksamen Aktion bekannten 374 zum Teil prominente Frauen am 6. Juni 1971 im Wochenmagazin „Stern“, illegal abgetrieben zu haben.<sup>112</sup> Von Alice Schwarzer aus Frankreich nach Westdeutschland importiert,<sup>113</sup> erschütterte diese Initiative das kollektive Bewusstsein und stieß eine breite und stark polarisierte Diskussion an. Bis dahin war der Schwangerschaftsabbruch ein unüberwindliches Tabu gewesen, nun wurde es zum brisanten Gesellschaftsthema. Entgegen der scharfen Missbilligung weiter konservativer Kreise, der katholischen Kirche und von Lebensschutzorganisationen wagten es immer mehr Frauen aus allen sozialen Schichten und Altersklassen, Mütter wie Ledige, Hausfrauen, Studentinnen und Erwerbstätige, die Reform bzw. die Abschaffung des § 218 StGB zu reklamieren, welcher die Inanspruchnahme und ärztliche Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen mit Gefängnisstrafen belegte.<sup>114</sup> Gefeierte wurde die feministische „Stern“-Aktion als epochaler Moment der Frauenbewegung. In der Folge entstand die Aktion 218, ein aus zwei Dutzend lokaler Aktionsgruppen bestehender Ausschuss, der am 10. Juli 1971 einen Forderungskatalog an den Bundesjustizminister Gerhard Jahn adressierte. Darin aufgeführt waren Maßnahmen wie die Abschaffung von § 218 StGB sowie die ärztliche Begleitung und Deckung der Abtreibungskosten durch die Krankenkassen.<sup>115</sup> Die sozialliberale Bundesregierung nahm sich der Frage an: 1974 wurde im Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das allen Frauen im Sinne der „Fristenlösung“ innerhalb der ersten zwölf Schwangerschaftswochen den straffreien Abbruch erlaubte. Um das Gesetz zu verhindern, legten die CDU/CSU-Fraktion und fünf Landesregierungen jedoch eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht ein, der das Gesetz am 25. Februar 1975 im Namen der „Menschenwürde“ und des „Lebensschutzes“ außer Kraft setzte. In einem zweiten Anlauf verabschiedete der Bundestag im Februar 1976 mit den Stimmen von SPD und FDP die „Indikationslösung“. Der

<sup>112</sup> Wir haben abgetrieben!, in: Stern, 6. 6. 1971, Nr. 24/1971.

<sup>113</sup> Zwei Monate zuvor war in Frankreich im „Nouvel Observateur“ eine ähnliche Aktion gestartet worden. Vgl. Le manifeste des 343, in: Le Nouvel Observateur, 5. 4. 1971, Nr. 334/1971.

<sup>114</sup> Gerhard, Frauenbewegung, S. 111.

<sup>115</sup> Brief an Bundesjustizminister Gerhard Jahn, in: Lenz (Hrsg.), Die neue Frauenbewegung, S. 79 f.



Schwangerschaftsabbruch blieb weiterhin grundsätzlich rechtswidrig, konnte aber in spezifischen Fällen, etwa in medizinischen, ethischen oder sozialen Problemsituationen, erlaubt sein. Für viele Frauen bedeutete dieser Kompromiss zwar einen großen Sprung nach vorn, doch blieb er in seiner praktischen Umsetzung recht ambivalent. Die Abtreibung war mit hohen Hürden verbunden, u. a. weil das endgültige Entscheidungsrecht weiterhin bei der Ärzteschaft lag, die den abortiven Eingriff ablehnen konnte und dies besonders in katholisch dominierten Regionen oft auch tat.

Im Lager der Abtreibungsgegner unterschied sich die NPD-Propaganda nicht wesentlich von der anderer Reformkritiker. Seit dem Beginn der 1970er-Jahre richtete die Partei ihre Weltanschauung nach dem Prinzip des „lebensrichtigen Menschenbilds“ aus, was sie logischerweise auch dazu veranlasste, für den Schutz des „werdenden Lebens“ einzutreten. Im Düsseldorfer Programm von 1973 postulierte sie etwa, dass die „Legalisierung der Tötung werdenden Lebens durch Freigabe der Abtreibung bis zu bestimmten Fristen [...] grundsätzlich abzulehnen“ sei.<sup>116</sup> Als besonders originell erwies sich die Argumentationslinie der hessischen Frauenreferentin Hildegard Niewöhner, die beim Grünberger Frauenkongress im Oktober 1973 die kontrovers diskutierte Abschaffung des § 218 StGB als Inbegriff männlich-misogynen Politik deutete:

„Nehmen wir nur einmal den § 218, der die Abtreibung unter Strafe stellt. Er soll abgeschafft werden [...]. Männer entscheiden über die Änderung dieses Paragraphen! Natürlich treten auch weibliche (kann man sie wirklich noch weiblich nennen?) Bundestagsabgeordnete dafür ein, gewiß – aber die Grundeinstellung der Partei, der sie angehören, wird von Männern geprägt! Die Gründe, die angeführt werden, sind nie an dem Wohl der Gemeinschaft orientiert, sondern liegen stets im persönlichen, für die Gemeinschaft nicht geltenden, nicht normalen Bereich. [...] Die Männer seit eh und je an der Macht (der äußeren) regeln doch alles so ‚herrlich! Sehen wir uns doch die ‚herrlichen Bestrebungen und Errungenschaften der letzten Zeit an: Empfängnisverhütung von Kinderbeinen [*sic!*] an (oder sind Dreizehnjährige keine Kinder?), Schwangerschaftsunterbrechungen wann und so oft man will, Fünftagesschule, Mitbestimmung der Kinder auch in Familie und Schule [...]. Nicht das Streben nach Macht und die rücksichtslose Zementierung der errungenen Macht darf das Ziel politischen Handelns sein, sondern die Verwirklichung von Recht und Gerechtigkeit. Recht auch für die Ungeborenen! [...] Richtig – die Frauen haben die Politik nicht nötig, aber die Politik hat die Frauen nötig.“<sup>117</sup>

Niewöhner interpretierte die Liberalisierung des Abtreibungsrechts nicht als Etappe auf dem Weg zur weiblichen Selbstbestimmung, sondern als einen den Frauen von Männern auferlegten Abortzwang. Demnach stellte sie einer dem Lebensschutz verschriebenen altruistisch-konservativen Weiblichkeit eine progressiv-egoistische und abtreibungsaffine Männlichkeit gegenüber. So widersprach sie dem gängigen feministischen Argument der patriarchalen Dominanz im Geschlechterkonflikt, wonach die männlichen Politiker das Abtreibungsverbot aufrechterhielten, um die Frauen zu unterdrücken und ihnen die freie Verfügungsgewalt über ihren Körper zu verwehren. Daraus leitete die Nationaldemokratin die

<sup>116</sup> NPD, Programm, 1973.

<sup>117</sup> Hildegard Niewöhner, Frauen und Politik, in: NPD, Frauen im Hessischen Landesverband der NPD, Oktober 1973, o. S., in: APABIZ, NPD-Interna, 3.4.

paradoxe Forderung ab, es brauche mehr Frauen in der Politik und an der Macht. Aus ihrer Perspektive war die Forderung sowohl antisexistisch als auch antifeministisch.

Demgegenüber betonten die NPD-Parteimänner vornehmlich die Unmännlichkeit und Frivolität der scheinbar unter feministischem Einfluss stehenden Bonner Politiker:

„Der Rasen ist wichtiger, das Auto ist wichtiger als das Kind. Darum treiben ‚Progressive‘ ab. Sie werden darin von jenen ‚Damen‘ des Bonner Hofes in ihrer verbrecherischen Haltung ermuntert, deren einziges Anliegen die freie Liebe und der sexuelle Genuß ‚ohne Reue‘ ist.“<sup>118</sup>

Offensichtlich bediente die NPD den in den 1970er-Jahren durchaus verbreiteten kulturpessimistischen Diskurs, der die Infragestellung des Abtreibungsparagrafen auf die „Umerziehung“ der Deutschen zurückführte. Den Materialismus und Individualismus deutete sie als Symptome des schleichenden Niedergangs deutscher Sitten und Werte in der westdeutschen Konsumgesellschaft. Doch waren diese nationaldemokratischen Gedanken weniger religiös oder moralisch als biologisch motiviert, denn die NPD warnte eindringlich vor dem als „Volkstod“ bezeichneten demographischen Abschwung:

„Durch Wohlstandsegoismus, Familienzerstörung, Abtreibung und Pille ist die Geburtenzahl in Westdeutschland erschreckend gesunken. Seit 1973 werden jedes Jahr 500 000 Deutsche zu wenig geboren, wenn nur der jetzige Bestand unseres Volkes erhalten bleiben soll. In den schlimmsten Kriegsjahren waren die Verluste unseres Volkes geringer wie heute im Wohlstand. Und die Geburtenrate sinkt noch immer! Unser Volk stirbt, wenn es so weiter geht!“<sup>119</sup>

In den 1960er-Jahren war die Geburtenrate noch konstant angestiegen; im darauffolgenden Jahrzehnt hingegen kehrte sich der Trend um. Seit 1972 zählte man mehr Sterbefälle als Geburten, was die Bevölkerungsstruktur nachhaltig veränderte: Die westdeutsche Gesellschaft alterte zusehends. Doch entgegen alarmistischer Prognosen schrumpfte die Bevölkerung nicht, denn die vermehrte Ankunft von Einwanderern balancierte den Bevölkerungsschwund aus. Erklären ließ sich der in den 1970er-Jahren einsetzende „zweite demographische Übergang“<sup>120</sup> weniger durch die erhöhte Geburtenkontrolle als durch den Wandel der Lebensformen und der soziokulturellen Normen. Für die NPD jedoch bedeutete die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, den „deutschen Selbstmord“<sup>121</sup> – oder wie es die „Nationaldemokratische Depesche“ 1979 provokativ formulierte: die „Endlösung der Deutschenfrage“<sup>122</sup> – zu besiegeln. Mit dem gleichen antisemitischen Unterton rief auch die DS die Bonner Politiker dazu auf, den „Abtreibungs-,Holo-

<sup>118</sup> Deutscher Selbstmord, ein Ergebnis der Umerziehung, in: DS, Nr. 2/1978, S. 4.

<sup>119</sup> Stoppt den Volkstod!, in: DS, Nr. 10/1976, S. 8.

<sup>120</sup> Der erste demographische Übergang zog sich vom Ende des 19. Jahrhunderts bis etwa 1920 hin. Er bezieht sich auf den Umbruch hin zur Industriegesellschaft, eine Zeit, in der sowohl die Geburten- als auch die Sterberate sanken. Vgl. Birg, *Zeitenwende*, S. 55 ff., oder Geißler, *Sozialstruktur*.

<sup>121</sup> Botsch/Kopke, *Umvolkung*.

<sup>122</sup> NP-D, III/1979, S. 6.

caust“ zu beenden.<sup>123</sup> Die gezielte und im Kontext der Erstaussstrahlung der TV-Serie „Holocaust“ bedeutsame Benutzung dieser Terminologie zur Skandalisierung des Schwangerschaftsabbruchs deutet auf den hohen Hysterisierungsgrad hin, den die öffentliche Debatte in puncto Abtreibungsfrage erreicht hatte. Nicht nur die NPD wagte es, diese Rhetorik zu bemühen, auch einzelne Vertreter der katholischen Kirche griffen darauf zurück und propagierten Ende der 1980er-Jahre exemplarisch bezüglich des stark medialisierten Memminger Abtreibungsprozesses, in dem ein bayerischer Gynäkologe wegen illegaler Abtreibungen verklagt und verurteilt wurde, etwa Neologismen wie „Embryocaust“ oder „Babocaust“.<sup>124</sup>

Ende der 1970er-Jahre erkannte auch die NPD die politische Brisanz der Abtreibungsfrage und rückte sie ins Zentrum ihrer Agitation. Der Lebensschutz wurde nun zum Stützbalken der Ideologie. Der bayerische NPD-Landeschef Walter Bachmann beschloss etwa beim Landesparteitag im Oktober 1979, das Thema Schwangerschaftsabbruch (als „Mord“ am ungeborenen Leben) mit dem der „Integration von Ausländern“ (als „kulturellen Selbstmord“ der Deutschen) zu verbinden und diese im Rahmen der folgenden Wahlkämpfe propagandistisch aufzubereiten. Das vom rassistischen Pendant „Ausländerstopp“ abgekupferte Schlagwort „Abtreibungsstopp“ machte nun die Runde. Parteikader und RednerInnen verwendeten es bei öffentlichen Auftritten, so auch Martin Mußnug, der beim Bundesparteitag im rheinland-pfälzischen Willingen im November 1986 gegen den Schwangerschaftsabbruch mobil machte.<sup>125</sup> Indem die NPD die demographische Frage politisierte und sie mit den „Problemen“ der Abtreibung und der Einwanderung verknüpfte, versuchte die Partei sich als Sprachrohr der antimodernistischen und antiliberalen Kräfte zu profilieren, die zu der Zeit zwar nicht mehrheitsfähig, aber politisch dennoch relevant waren. Mit ihrem radikal lebensschützerischen Gestus wollte sie sich als Vorhut der politischen Reaktion positionieren: Dadurch rechnete sie sowohl mit den „68ern“ als auch mit dem Bonner Establishment ab, das sie der Schwäche bzw. der Mittäterschaft am „Massenmord“ der Deutschen beschuldigte.<sup>126</sup>

Mit ihren pro-natalistischen Maßnahmen gegen die „Baby-Rezession“ beschritt die NPD einen Weg, den die verschiedenen Bundesregierungen in Anbetracht der eugenischen Verbrechen während des „Dritten Reichs“ absichtlich nicht gehen wollten. Darunter fiel beispielsweise ein „Ehestandsdarlehen“, das man wie im Nationalsozialismus „abkindern“ konnte. Anders als im NS-Modell gehörte der Rückzug der Mutter vom Arbeitsmarkt nicht zu den Grundvoraussetzungen, um den staatlichen Kredit zu erhalten. Auch sollten Großfamilien bei der Vergabe von Wohnungen sowie bei der Regelung des Renteneintrittsalters oder der Rentenhöhe

<sup>123</sup> DS, Nr. 10/1979, S. 8.

<sup>124</sup> Wirsching, Abschied, S. 327.

<sup>125</sup> Niedersachsen voran – Landesparteitag Niedersachsen, in: DS, Nr. 6/1979, S. 5; Walter Bachmann, NPD fordert Rückkehr zum Rechtsstaat, 20. 10. 1979, APABIZ, NPD-Interna 3.6; Martin Mußnug, Abtreibungsstopp, in: DS, Nr. 12/1986, S. 7.

<sup>126</sup> Der stumme Schrei, in: DS, Nr. 10/1985, S. 7.

bevorzugt werden,<sup>127</sup> ferner „gesunde Lebensvoraussetzungen“ geschaffen, die ärztliche Vorsorge für werdende Mütter und ihre Babys verbessert und der Kampf gegen die Drogen- und Alkoholsucht verschärft werden.<sup>128</sup> Dass darüber hinaus auch die Weitergabe von „gesundem Erbgut“ für die „Volksgesundheit und den Umweltschutz“ laut der NPD von Belang war, erläuterte das Parteiprogramm von 1973:

„Ärztliche Kunst läßt zudem immer mehr Erbkrankte zur Fortpflanzung kommen als bisher. Um den dadurch drohenden genetischen Verfall zu verhindern, ist durch Aufklärung im Schulunterricht und durch staatliche Beratungsstellen auf die Bedeutung der Erbkrankheiten und die Möglichkeit ihrer Verhinderung hinzuweisen. – Zum Schutz der Volksgesundheit ist die Wiedereinführung der namentlichen Meldepflicht bei Geschlechtskrankheiten und allen anderen gemeingefährlichen Erkrankungen dringend; der Versuch sich ihr zu entziehen, wird geahndet.“<sup>129</sup>

Nicht nur, dass die Partei die Meldung und Ächtung erbkranker Personen programmatisch festschrieb, auch stellte sie implizit deren Sterilisierung in Aussicht, um die Ausbreitung ihrer Krankheit im „Volkskörper“ zu verhindern. 1987, als die AIDS-Epidemie in Europa und USA scheinbar unaufhaltsam um sich griff, forderte die DS alle „Deutschen“ dazu auf, den sexuellen Kontakt mit AIDS-Infizierten zu vermeiden, mit der Begründung, dass „der einzig sichere Sex der Sex mit einem gesunden Geschlechtspartner“ sei.<sup>130</sup> Bezüglich des Lebensschutzes bezog die Partei somit in bester nationalistischer bzw. nationalsozialistischer Tradition Stellung. Einerseits war ihre Bevölkerungspolitik natalistisch, andererseits aber auch selektiv, sollte sie doch vornehmlich eugenisch-rassistische Kriterien erfüllen: Nur gesunde Deutsche wurden aufgefordert, sich fortzupflanzen.<sup>131</sup>

Unter der Obhut von Wilhelmine Steffens richtete die NPD im März 1978 einen „Umwelt- und Lebensschutz“-Ausschuss ein, der beide Bereiche explizit miteinander verknüpfte und den von Marlene Erber geleiteten Ausschuss „Familie und Volksgesundheit“ ideologisch in den Hintergrund drängte. Mit der Hinwendung zur Ökologie folgte die Partei einem Trend, der scheinbar die ganze Gesellschaft erfasste. Bedingt durch Wiederaufbau und „Wirtschaftswunder“, war das Interesse für den Naturschutz in den 1950er- und 1960er-Jahren noch relativ gering gewesen. Er entwickelte sich dann Anfang der 1970er-Jahre im Zuge der Herausbildung einer breiten, im Kontext der Wyhler Proteste gegen den Bau eines Atomkraftwerks entstandenen Anti-AKW-Bewegung dann umso mehr zu einem Mobilisierungsthema, das die politische Agenda bestimmte.<sup>132</sup> Hatte das linke Lager den

<sup>127</sup> Stoppt den Volkstod, in: DS, Nr. 7/1976, S. 8; Das Geburtendefizit und seine Folgen, in: DS, Nr. 10/1977, S. 3.

<sup>128</sup> Gesunde Lebensvoraussetzungen schaffen, in: NPD-informiert, Nr. 1/1977, o. S., in: APABIZ, NPD-Interna, 3.5.

<sup>129</sup> NPD, Programm, 1973.

<sup>130</sup> DS, Nr. 8/1987, S. 9.

<sup>131</sup> Vgl. das Kapitel „Nationalsozialistische Sterilisations- und Geburtenpolitik“, in: Bock, Geschlechtergeschichten, S. 302–326.

<sup>132</sup> Wolfrum, Demokratie, S. 104 f.

Umweltschutz zuvor noch als bürgerliches und reaktionäres Thema abgetan, so maß er ihm nun einen emanzipatorischen Wert bei und besetzte den Bereich auf der ideologischen und aktivistischen Ebene. Da die extreme Rechte den Themenkomplex den „Linken“ aber nicht restlos überlassen wollte, versuchte auch sie auf diesem vielversprechenden „neuen“ Gebiet<sup>133</sup> Fuß zu fassen und ihre Ideen und Anschauungen in der Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung zu verbreiten. Hier übernahm der manchmal als „ökofaschistisch“ bezeichnete Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL) – der westdeutsche Verband war 1960 gegründet worden – die Scharnierfunktion zwischen der Umweltbewegung, der „Neuen Rechten“ und den extrem rechten Parteien.<sup>134</sup> Er stand in enger Verbindung zu August Haußleiter, dem Pionier der konservativen Ökologie, und seiner AUD,<sup>135</sup> begleitete aber auch die NPD in ihrem Ökologisierungsprozess.

Martin Mußnug hatte sich lange gegen die Öffnung zum Umweltschutz gesperrt, erkannte nun aber seine politische Schlagkraft und sagte Wilhelmine Steffens seine Unterstützung zu. Erstmals tagte der „Lebens- und Umweltschutz“-Ausschuss im September 1978 in Göttingen. Steffens hatte zu einem „Expertengespräch“ mit einem Physiker geladen, um die Umweltbelastung und Risiken zu besprechen, die von der Atomkraft bzw. den radioaktiven Abfällen ausgingen.<sup>136</sup> Zwei Monate später stand das Thema im Mittelpunkt des Bundesparteitags in Bad Arolsen (18./19. Dezember 1978), bei dem ebenfalls ein vermutlich von Wilhelmine Steffens in Zusammenarbeit mit dem WSL ausgearbeitetes „Umwelt- und Lebensschutzprogramm“ verabschiedet wurde. Lapidar wurden darin drei Forderungen definiert, um „das Leben des Volkes zu erhalten“: „Erhaltung der Art und der arteigenen Kultur, Erhaltung der Gesundheit, Erhaltung des Lebensraumes“ gegen das „frenetische Wirtschaftswachstum“ und die „Überindustrialisierung“.<sup>137</sup> Dabei wurde besonders auf die „genetisch“ zersetzende Wirkung der Atomkraft hingewiesen:

<sup>133</sup> Dass der Umweltschutz für konservative bzw. reaktionäre Kräfte in den 1970er-Jahren keinesfalls „neu“ war, ist wissenschaftlich gesichert. Die erste Natur- und Heimatschutz-Bewegung entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts und richtete sich gegen die voranschreitende Industrialisierung und Verstädterung im wilhelminischen Deutschland. Durchgezogen war sie durch völkische Strömungen, welche den Naturschutz mit einer antimodernistischen Zivilisationskritik verbanden und die Rückkehr zur einer „natürlichen“, d. h. vorindustriellen Gesellschaftsform propagierten. Zu den Vertretern dieser reaktionären Auslegung von Umweltschutz zählten etwa der 1904 gegründete Bund Heimatschutz oder die auf eine ganzheitliche Lebenshygiene gerichtete Lebensreform, deren Anschauungen zum Teil auch Eingang in den Nationalsozialismus fanden. Vgl. Geden, Rechte Ökologie, S. 21 f.

<sup>134</sup> Wie Wilhelmine Steffens, Martha Kruse oder Irmgard Rasche standen viele NationaldemokratInnen dem WSL nah, der als Sammelbecken für „grüne“ Reaktionäre und NationalistInnen fungierte und seit den 1970er-Jahren von den Anthroposophen und Holocaustleugnern Ursula und Werner Georg Haverbeck geleitet wurde.

<sup>135</sup> Vgl. Stöss, Vom Nationalismus zum Umweltschutz.

<sup>136</sup> Arbeitstagung in Göttingen – Umwelt- und Lebensschutz als nationale Pflicht, in: DS, Nr. 9/1978, S. 5.

<sup>137</sup> Umwelt- und Lebensschutzprogramm, in: DS, Nr. 2/1979, S. 8.

„Die Atomspaltung ist die risikoreichste Technologie, die es je auf der Welt gegeben hat. Demnach ist die Kernenergie **kein rein physikalisches-technisches Problem, schon gar kein politisches Problem, und sie darf auch kein wirtschaftliches Problem allein sein.** Sie ist wegen ihrer ungeheuren und unabsehbaren Gefahren für Gesundheit und Leben der gesamten Menschheit in allererster Linie ein **biologisch-ökologisch-medizinisches-genetisches Problem.**“<sup>138</sup>

Ihr zufolge war der Naturschutz kein Selbstzweck, sondern ein Instrument, um die biologische „Lebenssubstanz“ für das „Volk“ und seinen hier eindeutig völkisch konnotierten „Lebensraum“ zu bewahren. So fußte die ökologische Weltanschauung der Partei auf einem biologisch-eugenischen Fundament – im Wesen war sie bio-ökologisch.

Das Manifest diente ihr als Basis für den 1979 in Nordrhein-Westfalen geführten Wahlkampf: Sie stellte sich dort mit einer „NPD – Grüne Liste“ zur Wahl.<sup>139</sup> Öko-konservative Listen wie diese gab es zu dem Zeitpunkt viele. Sie gaben 1980 den entscheidenden Impuls zur Gründung der Partei Die Grünen, die sich ursprünglich aus dem heterogenen Umfeld rechter AkteurInnen, Listen oder Parteien wie Herbert Gruhls Grüne Aktion Zukunft (GAZ) oder Haußleiters AUD herausgebildet hatte. Im internen Machtkampf konnten sich sodann die linken Kräfte behaupten, welche die ökologische Partei in eine pazifistische, internationalistische, feministische und antirassistische Anti-Parteien-Partei verwandelten und die konservativen Kräfte verdrängten.<sup>140</sup> Die NPD betrachtete die Grünen als gefährlichen Rivalen und distanzierte sich betont von der inhaltlichen Schwerpunktsetzung der neuen Partei, deren VertreterInnen sie gern als „pervers“ oder „kriminell“ diffamierte, wie sie es 1981 in einem Kommentar zur grünen Wahlliste in Hamburg machte:

„Corny Littmann (27, Mitbegründer der homosexuellen Theatergruppe „Brühwarm“, Mitglied der Fachgruppe Schwule und Lesben bei den Grünen), Marion Pein (32, „Bunte Liste“, maßgeblich an den Programmpunkten Frauen und § 218 beteiligt), Karl-Heinz Galander („Bunte Liste“, Knastgruppe in der Haftanstalt Fuhlsbüttel, wo die Grünen 41 Mitglieder haben), Thea Röcher (früher GAZ, ist durch ihre Kinder links geworden nach eigenem Bekunden), Gustine Johannsen (72, früher Reichsarbeitsdienst und Haußleiters AUD), [...] Karl-Heinz Koch (36, Berufsschullehrer, DKP).“<sup>141</sup>

Für die NPD waren Die Grünen nichts als ein Sammelsurium von Homosexuellen, Feministinnen, Kriminellen, VerräterInnen und KommunistInnen, deren Ideale im absoluten Widerspruch zu ihrem öko-nationalistischen Projekt standen. Doch so richtig gelang es den NationaldemokratInnen nicht, sich in der Umweltbewegung mit ihrem Standpunkt Gehör zu verschaffen. Wie die anderen ökologischen Parteien des rechten Lagers, etwa die 1982 von Gruhl gegründete Ökologisch-demokratische Partei (ÖDP), schaffte es die NPD nicht, das ökologische Monopol der Grünen aufzubrechen und deren politischen Aufstieg aufzuhalten.

<sup>138</sup> Ebenda (Fettdruck im Original).

<sup>139</sup> Ökologisch zuverlässig: NPD-Grüne Liste, Flugblatt, 1979, in: APABIZ, NPD-Interna, 3.6.

<sup>140</sup> Zur Gründungsgeschichte der Grünen vgl. Mende, Nicht rechts, nichts links, sondern vorn.

<sup>141</sup> Grüne?, in: DS, Nr. 1/1981, S. 8.

Im Juni 1980 richtete die selbsternannte Einwanderungs- und Anti-Atomkraft-Expertin Wilhelmine Steffens gemeinsam mit Marlene Erber einen ökologischen Kongress aus, bei dem konkrete Lösungsvorschläge zur Bekämpfung von Umweltproblemen diskutiert wurden. Als besonders dringend erschien ihnen, den Energiekonsum zu drosseln, das Recycling von Rohstoffen zu fördern und auf vermeintlich „saubere“ Energien wie Kohlebergwerke zurückzugreifen, Umweltverschmutzer härter zu bestrafen und vor allem die Einwanderung so stark zu reduzieren, dass sie keine „Lebensbedrohung“ mehr für die „Deutschen“ und ihre „Umwelt“ darstellten.<sup>142</sup> Diese ökologisch-rassistischen Ansichten vertrat Steffens auch bei anderen Gelegenheiten, bei KV-Veranstaltungen und in der Parteipresse. Im Vorfeld der Europawahl 1984, bei der sie kandidierte, forderte sie sinngemäß die Auflösung der Europäischen Atomgemeinschaft.<sup>143</sup> Die Tschernobyl-Katastrophe von 1986 schien ihre Thesen zu plausibilisieren: Steffens profitierte von der günstigen Lage, um ihre ökologischen Forderungen wieder auf die nationaldemokratische Tagesordnung zu setzen.<sup>144</sup>

Zwischenzeitlich hatte die NPD ihren anti-atomaren Standpunkt mit einer neuen Komponente angereichert: dem Pazifismus, den die Angst vor einem Atomkrieg im Zuge des NATO-Doppelbeschlusses Anfang der 1980er-Jahre gesamtgesellschaftlich befördert hatte. Im September 1985 bat die Geschäftsführerin des bayerischen Landesverbands, Ilse Herrmann, die Münchener Stadtverwaltung in einem Schreiben, zur risikoreichen Lagerung von amerikanischen Atomwaffen in Bayern Stellung zu beziehen.<sup>145</sup> Sie versuchte so, die diffuse Angst vor der Atombombe in politisches Kapital umzumünzen. Ende der 1980er-Jahre wurde der alarmistische Ton zum Grundtenor der Partei, die sich an Untergangsszenarien geradezu ergötzte. Wie folgend resümierte das NPD-Programm von 1987 die für die Deutschen angeblich so identitätsstiftende und fortpflanzungshemmende „Angst“:

„Weit verbreitete Lebensangst, Angst vor einem Atomkrieg und die Angst vor einer Verseuchung der Erde zerstören das Vertrauen in die Zukunft, das für die Gründung einer Familie notwendig ist. Zukunftshoffnungen und Lebensfreude werden sich nur dann neu entwickeln, wenn es gelingt, durch eine dauerhafte Friedenssicherung die Kriegsangst zu überwinden, eine lebens- und lebenswerte Umwelt zu erhalten [...]. Nur dann wird die Familie den ihr in der Gemeinschaft des Volkes gebührenden Rang erhalten.“<sup>146</sup>

Im öko-nationalistischen Konzept der NPD war alles miteinander verflochten: die Umwelt mit der Heimat, die Heimat mit dem Volk, das Volk mit der Familie. Umwelt-, Lebens- und Familienschutz gehörten also untrennbar zusammen. Das Herzstück bildete dabei der biologisch-eugenische und rassistische Impetus. Als

<sup>142</sup> Nationaldemokratischer Kongress: Sicherung einer lebenswerten Umwelt, in: DS, Nr. 6/1980, S. 3.

<sup>143</sup> Atomenergie – teuer, überflüssig und gefährlich!, in: DS, Nr. 2/1984, S. 8.

<sup>144</sup> Strahlende Aussichten – Tschernobyl und die Folgen, in: DS, Nr. 7/1986, S. 4.

<sup>145</sup> Brief von Ilse Herrmann an die Münchener Stadtverwaltung, 5. 9. 1985, in: APABIZ, NPD-Interna, 3.8.

<sup>146</sup> NPD, Programm, 1987, S. 9.

ideologischer Stützpfiler diente die Ökologie lediglich dem Erreichen ihres politischen Ziels: der Wiedererrichtung der „Volksgemeinschaft“. Durch ihre opportunistische Hinwendung zu Rassismus und Antisemitismus, zu Maternalismus und Antifeminismus, zu Lebens- und Umweltschutz versuchten die NationaldemokratInnen gesellschaftliche Klüfte auszunutzen, Krisen zuzuspitzen und Angstpotentiale zu aktivieren. So signalisierten sie ihre Fundamentalopposition zum sozialliberalen bzw. christlich-liberalen Establishment in Bonn. Es handelte sich um eine Fundamentalopposition, die sich in den 1990er- und 2000er-Jahren allmählich zu einer antirepublikanischen und systemfeindlichen Oppositionshaltung wandelte.

#### 4. Resümee

Paradoxerweise entdeckte die männlich dominierte NPD-Leitung die Relevanz der Frauenfrage in den 1970er-Jahren just zu dem Zeitpunkt, als das neue feministische Bewusstsein die traditionelle, zuvor als unerschütterliche und zeitlos gültig betrachtete Geschlechterordnung wegzuspülen drohte. Auf diese Herausforderung antwortete die Partei mit einem maternalistischen Diskurs. Hatte sie sonst die Frauen- und Familienpolitik vernachlässigt, gar geringgeschätzt, so rückte sie nun die Mutter und Hausfrau mit ihren volksbewahrenden Funktionen ins Zentrum ihrer Ideologie und Propaganda. Mittels puritanischer Stereotypen über die Mutterschaft, Erziehung, Fortpflanzung und Ehe sowie über ihren Nutzen und Zweck für „Volk und Vaterland“ verherrlichten die NationaldemokratInnen vermeintlich deutsche Tugenden und verteidigten die patriarchale Ordnung gegen die Trendwende. Der Widerstand gegen den Werte- und Mentalitätswandel, der Kampf gegen die „Auflösung von Sitte und Moral“, die Ablehnung jeglicher Feminisierung von Bereichen, die zuvor einzig Männern vorbehalten waren, die Frontstellung gegenüber allen Modernisierungs- und Transformationsprozessen innerhalb der Gesellschaft: In all dem kristallisierte sich die anti-emanzipative, antifeministische, antilibérale und reaktionäre Haltung der NPD.

Hinsichtlich ihres nationalsozialistischen Erbes vollzog die Partei zudem einen ideologischen Tabubruch. Neben dem diskursiv florierenden Antisemitismus dominierte in der Parteipropaganda nun auch der politische Rassismus in seiner neu-rechts inspirierten ethnopluralistischen Form, der sich brachial gegen „Gastarbeiter“, Einwanderer und Flüchtlinge entlud. Unter dem Einfluss der öffentlichen Diskussion öffnete sich die Partei unter der Ägide von Wilhelmine Steffens ebenfalls für den Lebens- und Umweltschutz, der sich sowohl gegen den Schwangerschaftsabbruch als auch gegen die zivile und militärische Benutzung der Kernenergie richtete und mit diesen Inhalten versuchte, an die Neuen sozialen Bewegungen anzudocken. Von einer bio-ökologischen Vorstellung von Leben, Mensch und Natur abgeleitet, diente der nationalistische Lebens- und Umweltschutz in erster Linie dazu, die genetisch-biologische Substanz des „Volskörpers“ zu bewahren: Ihre bio-ökologische Linie war demnach weniger „grün“ als „braun“.



Anhand der von den Parteifrauen stets mitgetragenen und mitgestalteten Neudefinition der ideologischen Schwerpunkte – autoritärer Sicherheitsdiskurs, historischer Revisionismus, Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus, Lebensschutz und Bio-Ökologie – lässt sich die Verschiebung vom ursprünglich auf die Deutschlandpolitik fokussierten Rückeroberungsnationalismus der 1960er-Jahre zu einem identitär-kulturalistischen Nationalismus in den folgenden Jahrzehnten konkret festmachen: Mit dieser nationalistischen Ausrichtung entfernte sie sich mehr und mehr von der Mehrheitsgesellschaft und dem demokratischen Konsens. Das in der Frühphase formulierte Bekenntnis zur „konstruktiven Opposition“ tauschte sie mit der Zeit gegen eine systematische Opposition gegen die Bundesregierung und die „Etablierten“ ein. Ein Trend, der sich nach der „Wende“ von 1989/90 noch verschärfen sollte: Im vereinten Deutschland trat die NPD in eine radikal systemfeindliche Fundamentalopposition gegen das „System“ und somit gegen die Bundesrepublik als solche.

